



Zukunft

in unserer

liegt

Natur

**Kommunalwahlprogramm
für den Landkreis Hildesheim
2026**

**Am 13.9.
Grün
wählen!**



Liebe Menschen im Landkreis Hildesheim,

wir Grünen stehen für ein gutes Miteinander – zwischen Mensch, Natur, Wirtschaft und Umwelt. Unser Handeln steht im Einklang mit unserer Umwelt – immer mit Blick auf Gegenwart und Zukunft.

Wir sind überzeugt: Ein gutes Leben ist möglich – durch sozial gerechte, ökologisch verantwortungsvolle und vorausschauende Politik.

Dafür braucht es eine starke grüne Kraft in unseren Rathäusern und im Kreishaus, die mit Leidenschaft und im Dialog mit den Menschen wirkt.

Im gesamten Landkreis Hildesheim kandidieren grüne Kandidat*innen mit großer Leidenschaft für diese Ziele – in den Kommunalparlamenten ebenso wie für Ämter als Hauptverwaltungsbeamt*innen.

Mit klaren Argumenten und der Kraft des Dialogs gehen wir zuversichtlich in diesen Wahlkampf.

Wir haben Lust auf morgen!

Mit GRÜNEN Grüßen
Matthias Brinkmann
Landratskandidat



MACH'S GRÜN

Präambel - Lust auf Morgen

Unsere Zukunft entscheidet sich heute.

Die Klimakrise, wachsende soziale Ungleichheit und globale Konflikte sind längst Realität – auch hier bei uns im Landkreis Hildesheim. Sie fordern uns heraus, gewohnte Wege zu hinterfragen und mutig neue zu gehen. Klar ist: Eine Politik, die einseitig auf kurzfristige finanzielle Einsparungen setzt und dabei Mensch, Umwelt und gesellschaftlichen Zusammenhalt aus dem Blick verliert, wird den Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht.

Wir sind überzeugt: Eine lebenswerte Zukunft entsteht durch Verantwortung, Solidarität und den Willen zur Verbesserung der Lebenssituation der im Landkreis lebenden Menschen. Seit unseren politischen Anfängen setzen wir uns für einen positiven, nachhaltigen Wandel ein – ökologisch tragfähig, sozial gerecht und wirtschaftlich tragbar. Dabei denken wir Klima- und Umweltschutz, soziale Sicherheit und Teilhabe, Festigung demokratischer Strukturen und regionale Wertschöpfung zusammen.

Unser Ziel ist ein Landkreis, in dem gutes Leben für alle möglich ist: mit bezahlbarem Wohnen, einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge, einer intakten Umwelt, vielfältiger Kultur, guter Bildung und echter Mitbestimmung – ein Landkreis, der niemanden zurücklässt, Vielfalt schützt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Diesen Weg wollen wir gemeinsam mit den Bürger*innen gehen – transparent, dialogorientiert und lösungsnah. Mit klaren Ideen, konkreten Maßnahmen und dem Mut heute die richtigen Entscheidungen für morgen zu treffen.

Wir haben Lust auf Morgen. Und wir gestalten es – hier und jetzt!

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
Kreisverband Hildesheim

Kreiswahlprogramm 2026

Inhalt

Kreiswahlprogramm 2026	1
Klima & Umwelt.....	4
Klimaschutz ist unser zentrales Thema	4
Energie- und Wärmewende	5
Land- und Forstwirtschaft	5
Bodenschutz	6
Natur- und Artenschutz.....	7
(Hoch-)Wasserschutz.....	8
Mobilitätswende	8
Regionalplanung & Digitalisierung	8
Digitalisierung.....	8
Interkommunale Zusammenarbeit	9
Regionalentwicklung	10
Wirtschaft & Arbeit	10
Wirtschaftsstandort.....	10
Wirtschaftsförderung	11
Gemeinwohlökonomie	11
Lokale Wertschöpfung und Digitalisierung	12
Windenergie als Booster der lokalen Wirtschaft	12
Tourismus	12
Verbraucher*innenberatung.....	13
Fairer Handel	13
Arbeit.....	14
Wohnen & Wohnungsbau	15
Wohnungspolitik	15
Wohnungsbau und Nachnutzung von Resthöfen	16
Bezahlbares Wohnen für alle	16
Leben und Wohnen im Alter	17
Mobilität	18
Mobilität & Verkehr.....	18

Fahrradverkehr stärken.....	18
Öffentlichen Nahverkehr ausbauen	19
Motorisierten Individualverkehr an die Gesellschaft anpassen.....	20
Bildung, Kultur & Teilhabe.....	20
Bildung.....	20
KiTa und frühkindliche Bildung.....	21
Schulen	22
Berufsschulen	23
Sport	23
Kultur	23
Bürger*innenbeteiligung.....	24
Demokratieförderung.....	24
Ehrenamt	25
Jugendpartizipation	25
Soziales	26
Kommunale Sozialpolitik	26
Anerkennung sozialer Leistungsträger	27
Kinder- und Jugendhilfe	27
Existenzsicherung: Armut bekämpfen.....	28
Grundrecht auf Wohnen: Überwindung der Obdach- und Wohnungslosigkeit	29
Gewaltprävention.....	29
Drogenberatung und Substitutionsangebote	31
Gesundheit & Pflege.....	31
Hochwertige Versorgung in der Fläche sicherstellen.....	31
Notfallversorgung und Rettungsdienst	32
Offene Gesellschaft	33
Geschlechtergleichstellung und queeres Leben.....	33
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	33
Queeres Leben	34
Leben im Alter	34
Menschen mit Behinderung	35
Migration und Teilhabe	36
Rassismus und Rechtsextremismus.....	37
Finanzen, Verwaltung & Sicherheit	38
Bürger*innenfreundliche Verwaltung.....	38

Personal.....	38
Rekommunalisierung und Privatisierung	39
Sicherheit und Katastrophenschutz	40
Investitionen in die Zukunft statt Verschenden durch "Sparen"	40

Klima & Umwelt

Klimaschutz ist unser zentrales Thema

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert.

Er verstärkt Extremwetterereignisse, bedroht die Artenvielfalt und die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen. Damit ist der Klimawandel nicht nur eine erhebliche ökologische, sondern auch eine soziale und wirtschaftliche Gefahr – weltweit, und damit auch für den Landkreis Hildesheim. Um den Klimawandel in einem kontrollierbaren Maß zu halten, bedarf es einer Kraftanstrengung der internationalen Gemeinschaft, um den von Menschen verursachten Treibhausgasausstoß zu minimieren und auf absehbare Zeit auf Null zu bringen.

Das Niedersächsische Klimagesetz verpflichtet daher alle Kommunen in Niedersachsen dazu, einen Beitrag zu leisten und bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu werden. Diesem Ziel hat sich der Kreistag 2025 angeschlossen und ein Klimaschutzkonzept verabschiedet, mit dem dieses Ziel erreicht werden soll.

Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, das Konzept schnellstmöglich umzusetzen, damit der Landkreis Hildesheim einen angemessenen Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels leistet. Wir streben eine vollständige Überwindung fossiler Brennstoffe in unserer Wirtschaft und Mobilität, unseren Gebäuden und unserer Landwirtschaft sowie in unserem Alltag an.

Um zu garantieren, dass wir unsere Ziele erreichen, möchten wir:

- Klimaschutz als eigenständigen Ausschuss etablieren.
- dass weiterhin ein jährlicher Zwischenstand über die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts gegeben wird.
- dass ein Klimacheck bei allen großen baulichen Entscheidungen eingeführt wird.
- eine finanzielle und personelle Stärkung der Klimaschutzagentur.
- die Klimaschutzagentur bei regelmäßigen Bildungs- und Informationsangeboten sowie partizipatives Vorgehen bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzepts unterstützen.
- dass der Landkreis auf dem Weg zur Klimaneutralität seine Vorbildfunktion ausbaut.
- ein regelmäßiges Monitoring, wie sich Klimaschutzmaßnahmen im Landkreis sozial auswirken.
- dass laufende Großprojekte mit Blick auf die Klimaziele überprüft und ggf. angepasst werden.
- die Begrünung von Fassaden und Dächern fördern.

Energie- und Wärmewende

Die Energiewende ist der Schlüssel zur Treibhausgasneutralität. Nur mit Strom aus Wind und Sonne können E-Autos, Wärmepumpen oder grüner Wasserstoff ihre klimaschonende Wirkung entfalten.

Die Energiewende und die Überwindung fossiler Brennstoffe helfen dabei nicht nur das Klima zu schützen. Vielmehr sind die erneuerbaren Energien auch der Schlüssel zu deutlich sinkenden Strompreisen für Wirtschaft und Haushalte und zu langfristiger Unabhängigkeit von aggressiven Diktaturen.

Als GRÜNE wollen wir die Energiewende im Landkreis Hildesheim daher vorantreiben. Dazu möchten wir:

- mindestens die vom Land geforderte Landkreisfläche für die Windkraft nutzen.
- unser Potenzial für Solaranlagen auf kreiseigenen Dächern so weit wie möglich ausschöpfen und dabei mittels eigener Stromspeicher die Eigenverbrauchsquote in Schulen und Verwaltungsgebäuden deutlich erhöhen.
- die Planung für Stromspeicher für Dunkelflauten unterstützen.
- Freiflächensolaranlagen auf vorbelasteten Flächen vorantreiben.
- Nah- und Fernwärmenetze für die flächendeckende Versorgung mit erneuerbarer Wärme unterstützen.
- ein Modellprojekt zur Nutzung von Tiefengeothermie im Landkreis anstoßen.
- die energetische Sanierung von privaten Gebäuden im Landkreis insbesondere durch kostenlose Energieberatungen weiter fördern.
- Stromsparerpotenziale im Einflussbereich des Landkreises ausschöpfen.
- Klimapolitik und Sozialpolitik verbinden, etwa durch eine langfristige Förderung und effektiveren Einsatzes des Stromsparchecks.

Land- und Forstwirtschaft

Der Klimawandel ist im Landkreis Hildesheim bereits jetzt sichtbar und spürbar.

Aktuell merken das vor allem besonders vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kleinkinder oder Menschen mit Behinderung in Hitzephasen, sowie die örtlichen Verantwortlichen in Land- und Forstwirtschaft. Die Hitzesommer der vergangenen Jahre haben zu erheblichen Zerstörungen von Waldflächen sowie zu Ernteeinbrüchen in der Landwirtschaft geführt.

Land- und Forstwirtschaft bieten aber auch erhebliche Potenziale für den Klimaschutz. Als GRÜNE möchten wir die Speicherung von CO₂ in Pflanzen und Böden vorantreiben und so mit der Land- und Forstwirtschaft den Klimaschutz vorantreiben. Gleichzeitig wollen wir die Land- und Forstwirtschaft unterstützen, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen und resilienter gegenüber dem Klimawandel zu werden.

Dazu möchten wir:

- ökologische Landwirtschaft sowie den Anbau resilienter Produkte wie Sojabohnen im Landkreis fördern.
- die Förderung der Vermarktung regionaler Produkte und der solidarischen Landwirtschaft unterstützen.

Bodenschutz

Intakter Boden ist Lebensraum, Nahrungsquelle, Wasserreservoir, Schadstofffilter, CO₂ - Speicher sowie Geschichtsarchiv und trägt maßgeblich zu einem guten Klima bei. In weiten Teilen ist unser Landkreis mit den ertragreichsten Böden der Welt ausgestattet. Der Schutz des Bodens und das Bewusstsein für die Bedeutung und Endlichkeit dieser Ressource ist angesichts der Klimakrise essenziell.

In der zurückliegenden Wahlperiode wurden kommunale Bodenschutzkonzepte als Pilotprojekt für vier Gemeinden im Landkreis Hildesheim beantragt und erstellt; weitere finanzielle Mittel für die Ausweitung des Projektes für alle anderen Kommunen wurden beantragt und stehen zu Verfügung. Angesichts der regional unterschiedlichen Beschaffenheit der Böden ist eine differenzierte Betrachtung in den einzelnen Kommunen hinsichtlich der verschiedenen Eigenschaften wie z.B. Kühlfunktion, Kohlendioxidspeicher notwendig.

In den Konzepten wird ebenfalls der Wasserrückhalt bei Starkregen- und Hochwasserereignissen bewertet; diese Fähigkeit des Bodens gewinnt durch die Zunahme der Extremwetterereignisse bedingt durch die Klimakrise immer mehr an Bedeutung für den Schutz der Bevölkerung. Versiegelung muss vermieden werden, wo immer dies möglich ist. Gleichzeitig muss die Entsiegelung vorangetrieben werden, damit der Boden sein Potenzial für Klimaschutz und Klimaresilienz entfalten kann.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- die bereits vorhandenen, regionalen Bodenschutzkonzepte in den Gemeinden umgesetzt werden.
- der Bodenschutz verstärkt bei kommunaler Planung und bei Genehmigungsverfahren berücksichtigt wird.
- für alle Kommunen unseres Landkreises ein regionales Bodenschutzkonzept erstellt und umgesetzt wird.
- schädliche Bodenveränderungen vermieden und aufgetretene Schäden beseitigt werden.
- vor jeder Versiegelung eine Prüfung auf Alternativen erfolgt, damit so wenig Bodenverbrauch wie möglich stattfindet.
- die lokalen Akteur*innen (z.B. das Hildesheimer Bodenbündnis) in ihrer Arbeit für den Schutz des Bodens unterstützt werden.
- das Bewusstsein für das Schutzgut Boden durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung gestärkt wird.

Natur- und Artenschutz

Die Vielfalt der Lebensräume nimmt ab. Über die Hälfte der Lebensraumtypen Deutschlands ist in einem ökologisch schlechten Zustand und immer noch verschwinden wertvolle Habitate. In der Konsequenz nehmen die Artenvielfalt und -populationen ab. Die Hälfte von 11.000 niedersächsischen Tier- und Pflanzenarten ist bedroht, bereits 12 Millionen Vogelbrutpaare sind bundesweit in den letzten zehn Jahren verschwunden. Drei von vier Vogelarten (z.B. Kiebitz oder Feldlerche) und rund 62 % aller Wildbienenarten sind in ihrem Bestand gefährdet.

Der Rückgang der Insekten hat fatale Konsequenzen. Sie bestäuben eine Vielzahl unserer Kulturpflanzen, zugleich sind sie die Nahrungsgrundlage vieler Vögel, Amphibien und Fledermäuse. Wo sie fehlen, werden ganze Nahrungsketten zerstört.

Gemeinsam mit Umweltverbänden haben wir GRÜNEN in Niedersachsen deshalb den Schutz unserer Natur und unserer heimischen Arten mit einem Volksbegehren Artenvielfalt entscheidend vorangebracht. Aus dem Volksbegehren ist der „Niedersächsische Weg“ entstanden, bei dem entscheidende Weichenstellungen für den Naturschutz im Konsens zwischen Politik, Landnutzer- und Naturschutzverbänden vorgenommen werden konnten.

Wichtigstes Ziel muss sein, diesen Weg konsequent im Landkreis Hildesheim umzusetzen, den Verlust von Lebensräumen zu stoppen und vielfältige Lebensräume zu erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- bestehende Schutzgebiete auf die Einhaltung ihrer Verordnungen überprüft werden (z.B. Ausführung der Managementpläne für Fauna-Flora-Habitat-Flächen).
- bei Fließgewässern ihr natürlicher Gewässerlauf wiederhergestellt wird.
- Kompensationsmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin kontrolliert werden.
- bestehende Überschwemmungsgebiete konsequent von weiterer Bebauung freigehalten werden.
- Bewusstseinsbildung für Insektenschutz, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, durch Umweltbildungsangebote und Öffentlichkeitsarbeit verstärkt wird.
- landkreiseigene Grünflächen und Liegenschaften insektenfreundlich gepflegt werden.
- insektenfreundliches Pflegemanagement für Saum- und Sonderstrukturen im agrarischen Offenland gefördert wird.
- zum Schutz von Tier und Pflanzen die steigende Lichtverschmutzung reduziert wird, z.B. indem landkreiseigene Gebäude nachts nicht unnötig beleuchtet werden.
- bei der Planung von Gebäuden das Anbringen von Nisthilfen und Behausungen sowie die extensive Begrünung von Dächern/Fassaden und Innenhöfen mit geplant wird.
- ein umfassendes Monitoring durchgeführt wird, um einen Zustandsbericht über die Tier- und Pflanzenarten in unserem Landkreis zu erhalten.
- Förderprogramme für seltene und gefährdete Tierarten unterstützt werden.
- die örtlichen Naturschutzverbände unterstützt werden, um das Bestandsregister für Flora und Fauna zu aktualisieren.

(Hoch-)Wasserschutz

Mit dem begrenzten Schutzgut Wasser muss auf allen Ebenen sensibel und ressourcensparend umgegangen werden. Unser Grundwasser ist durch diverse stoffliche Einträge gefährdet, die Grundwasserneubildung ist rückläufig. Durch den Klimawandel sinkt der Grundwasserspiegel weiter, gleichzeitig steigt die Nutzungskonkurrenz. Jeder zweite Landkreis hat bereits Grundwasserstress.

Eine Analyse der aktuellen Grundwassersituation im Landkreis Hildesheim wurde mit den GRÜNEN in der letzten Wahlperiode beantragt. Eine Fortführung dieser Beobachtungen und Bewertung der Situation ist dringend erforderlich. Auf Landesebene unterstützen die GRÜNEN mit dem Masterplan Wasser die Förderung von ökologischen Hochwasserschutzmaßnahmen, wie den Wasserrückhalt in der Landschaft (die Renaturierung natürlicher Flussauen).

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- die Umsetzung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (Schutz und Entwicklung der Gewässer) konsequent verfolgt wird.
- die Grundwassernutzung und -situation (Wasserdargebot) im Landkreis Hildesheim fortlaufend streng überwacht wird und ggf. Maßnahmen zur nachhaltigen Wasserversorgung ergriffen werden.
- ökologischer Hochwasserschutz (z.B. die Renaturierung von Flüssen und Bächen) vorangetrieben und bei der Planung im Landkreis berücksichtigt wird.

Mobilitätswende

Wir wollen Radwege, die Lust aufs Fahrradfahren machen. Wir wollen Bus und Bahn, die dann fahren, wann wir sie brauchen, und wir brauchen bessere Voraussetzungen für umweltfreundlichen PKW-Verkehr.

Mobilität kommt beim Klimaschutz eine Schlüsselrolle zu. Deshalb haben wir ihr ein eigenes Kapitel gewidmet.

Regionalplanung & Digitalisierung

Digitalisierung

Wir machen den Landkreis Hildesheim zukunftsfest – als attraktiven Wohnort mit modernen Arbeitsbedingungen und einer Verwaltung, die mehr Zeit für die Menschen hat.

Für die kommenden fünf Jahre wollen wir im Landkreis Hildesheim:

- den Ausbau der Netze im Landkreis vorantreiben und
- den Zugang zum Internet, z.B. durch offenes W-LAN erleichtern.

In der Kreisverwaltung wollen wir:

- den Umstieg auf Open-Source-Programme fördern. Wir setzen auf digitale Souveränität durch den verstärkten Einsatz von Open-Source-Software und nutzen Plattformen wie openCode. Zur Vernetzung streben wir Partnerschaften mit der Open Source Business Alliance und Vitako an.
- interne Prozesse automatisieren und beschleunigen, um Personal von Routineaufgaben zu entlasten und die Bearbeitungszeiten für Bürger*innen zu verkürzen.
- durch KI-gestützte, mehrsprachige Chatbots und einfache, verschlüsselte Kommunikationswege Behördengänge hürdenfrei etablieren.
- mit regelmäßigen Hackathons IT-Talente und Verwaltung zusammenbringen, um gemeinsam innovative Anwendungen für unsere Region zu entwickeln.
- digitale Verwaltungsangebote barrierefrei, nutzerfreundlich und jederzeit online zugänglich gestalten, damit alle Bürger*innen Verwaltungsleistungen einfach und unabhängig von Ort oder Einschränkungen nutzen können.

Interkommunale Zusammenarbeit

Wir unterstützen Maßnahmen der interkommunalen Zusammenarbeit.

Durch den fachlichen Austausch und die Vermeidung von Doppelstrukturen entsteht oft ein Gewinn für alle Beteiligten.

Die Möglichkeit zur Zusammenarbeit ergibt sich einerseits für den Landkreis selbst mit anderen Landkreisen, aber auch in der Unterstützung der kreisangehörigen Kommunen, solche Kooperationen anzustrengen.

Auf der Ebene der Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen sehen wir Potential in folgenden Bereichen:

- bei der Straßenverkehrsplanung, insbesondere für den Radverkehr
- im Tourismus, z.B. bei der Aufwertung von Wanderwegen
- bei der Softwareentwicklung und dem Einsatz von Open-Source-Systemen
- im Öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere bei der Abstimmung über Netze und Tarife
- in der regionalen Raumordnung und dem Naturschutz sowie beim Hochwasserschutz
- bei der gemeinsamen Nutzung von Schulstandorten, wie etwa in Delligsen

Auf der Ebene der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sehen wir Potential in folgenden Bereichen:

- bei der Vernetzung und dem Aufbau von Kommunikationsstrukturen, die die Vernetzung der kommunalen Akteur*innen fördern

- bei der Koordinierung der Zusammenarbeit in Bereichen, die Synergien erwarten lassen
- bei der Kooperation von Planung, Bau und Unterhaltung von Straßen und Radwegen
- bei der Zusammenarbeit im Klimaschutz
- bei den Bewerbungen von kreisangehörigen Kommunen für das Integrierte ländliche Entwicklungskonzept
- bei der Unterstützung von freiwilligen Fusionen zwischen kreisangehörigen Kommunen

Regionalentwicklung

Die auf unsere Initiative hin erfolgreich eingeführten Zukunftskonferenzen wollen wir als zentrales Instrument der Bürger*innenbeteiligung fortführen.

Uns ist wichtig, dass dieses Format auch künftig die Menschen direkt in die Regionalentwicklung einbindet. Dabei werden wir sicherstellen, dass die erarbeiteten Ergebnisse noch verbindlicher in das konkrete Handeln des Kreistags einfließen.

Wirtschaft & Arbeit

Wirtschaftsstandort

Für uns GRÜNE ist eine gut funktionierende lokale Wirtschaft eine sehr wichtige Voraussetzung für die Entwicklung des Landkreises.

Unsere Wirtschaft ist geprägt von kleinen und mittleren Betrieben. Über 80 % der Betriebe haben weniger als zehn und nur ca. 5 % mehr als 50 Mitarbeitende. Diese meist inhaber*innengeführten Firmen bilden eine Vielzahl von Branchen ab und bieten ca. 90.000 Mitarbeitenden eine berufliche Heimat, das entsprechende Einkommen sowie die Mehrzahl der Ausbildungsplätze.

Die lokale Wertschöpfung dieser Betriebe ist ein wesentlicher Faktor in unserem Landkreis. Sie sorgen nicht nur für Steuereinnahmen, sondern unterstützen in den Orten und Gemeinden auch Vereine und Organisationen auf vielfältige Weise. Wir treten daher für die Unterstützung und Förderung unserer lokalen Betriebe ein.

Wirtschaftsförderung

Für die Förderung und Unterstützung der lokalen Wirtschaft hat die HI-REG als Wirtschaftsförderung des Landkreises eine zentrale Bedeutung. Die vorhandenen Beratungsleistungen der HI-REG sollen ausgebaut werden und zukünftig auch die Themen Nachhaltigkeit und die Förderung von Frauen in der Wirtschaft umfassen.

Bei allen Fördermaßnahmen und Aktivitäten ist der gesamte Landkreis zu betrachten und alle Orte und Gemeinden sind jeweils nach ihren Standortstärken zu berücksichtigen. Ein wesentlicher Standortfaktor ist die Digitalisierung der Verwaltungen.

Wir GRÜNE setzen uns für folgende Punkte ein:

- Zur Stärkung von Frauen in der Wirtschaft sollen besondere Netzwerkangebote sowie Start-Up-Beratungen von Frauen angeboten werden.
- Pop-Up- und Start-Up-Flächen sollen auch in ländlichen Gebieten wie z.B. Nordstemmen, Alfeld, Algermissen und Schellerten angeboten werden können, um auch Gründungen dort vor Ort zu vereinfachen.
- Die HI-REG stellt sich stärker als bisher auch als Schnittstelle zwischen Schulen, Hochschule und der Universität und den Unternehmen der Region auf. So können sich Forschung und Wissenschaft stärker mit den lokalen Unternehmen vernetzen und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.
- Die HI-REG unterstützt hier ggf. gemeinsam mit der Klimaschutzagentur in der Beratung der Unternehmen im „Fördermittel-Dschungel“ für den Klimaschutz.

Gemeinwohlökonomie

Jedes wirtschaftliche Handeln kann nur dann langfristig erfolgreich sein, wenn die Kriterien der Nachhaltigkeit – Menschenwürde, Solidarität, Transparenz, Ökologie und soziale Gerechtigkeit – im Fokus stehen.

Die Themen Nachhaltigkeit und Gemeinwohlökonomie werden auch für die Unternehmen in unserem Landkreis hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz oder auch bei der Kreditvergabe immer wichtiger. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist die Erstellung einer Nachhaltigkeitsbilanz herausfordernd und sie benötigen hierbei Unterstützung und Anreize.

Wir GRÜNE setzen uns für folgende Punkte ein:

- Die Kreisverwaltung und die HI-REG werden die Unternehmen bei der Einführung einer Nachhaltigkeitsbilanz unterstützen und bei der Fördermittelakquise hierfür beraten.
- Um den Anreiz für die Einführung einer Nachhaltigkeitsbilanz zu erhöhen, soll jährlich ein Preis in Höhe von 10.000 € für das Unternehmen mit der besten Nachhaltigkeitsbilanz ausgelobt werden.
- Unternehmen mit einer Nachhaltigkeitsbilanz sollen zukünftig bei der Auftragsvergabe durch den Landkreis bevorzugt werden.

Lokale Wertschöpfung und Digitalisierung

Für die lokale Wertschöpfung spielt die gegenseitige Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen eine große Rolle.

Eigene lokale Label stärken das Bewusstsein unserer Unternehmen untereinander. Ein Netzwerk der Unternehmen soll genutzt werden, sich gegenseitig sowohl bei Online-Auftritten und Regionalplattformen zu unterstützen.

Die Digitalisierung bei der Kommunikation mit Behörden ist von erheblicher Bedeutung für die Unternehmen bei der Bewältigung der immer stärker von Bürokratie geprägten Wirtschaftswelt.

Wir GRÜNE setzen uns für folgende Punkte ein:

- Erstellung einer regionalen Internet-Plattform, auf der sämtliche Unternehmen aller Branchen aufgeführt sind
- Unterstützung durch die HI-REG bei der Vernetzung der Unternehmen untereinander
- Einführung eines Labels z.B. „Wir aus Hildesheim“

Windenergie als Booster der lokalen Wirtschaft

Bund und Land geben klare Flächenziele für die Nutzung von regenerativen Energien vor, die es auch in unserem Landkreis umzusetzen gilt. Im Bewusstsein der Bedeutung für Mensch und Natur streben wir GRÜNE eine ausgewogene Raumordnung an, in dem die geltenden Faktoren für alle gleich sind.

Durch die gesetzlichen Vorgaben zur Zahlung von Akzeptanzabgaben an die Dörfer entsteht eine großartige Chance zu einem weiteren Booster zur lokalen Wertschöpfung in den Städten und Gemeinden und deren Haushalten.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass es Beratungsangebote durch die Kreisverwaltung für mögliche Bürger*innen-Beteiligung und Energie-Genossenschaften gibt, um den Nutzen der Windparks für die Bevölkerung zu optimieren.

Tourismus

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Landkreis, an dem viele Arbeitsplätze direkt oder indirekt hängen. Er ist auch eine Chance, Nachhaltigkeit und Klimaschutz konkret umzusetzen.

Nachhaltiger Tourismus schützt die Natur, stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe und schafft einen echten Mehrwert für die Menschen vor Ort. Er bedeutet weniger klimaschädliche Emissionen, mehr regionale Wertschöpfung, einen schonenden Umgang mit Ressourcen und einen klaren Fokus auf umweltfreundliche Mobilität.

In unserem Landkreis gibt es eine Vielzahl von touristischen Attraktionen. Wir haben z.B. Weltkulturerbestätten, Museen, Landschaft, Flüsse, Wanderwege, Fahrradtouren. Allerdings fehlt trotz der positiven Zusammenarbeit mit Hildesheim Marketing ein zentrales und gemeinsames Erscheinungsbild der Tourismusanbieter im Landkreis.

Wir GRÜNE setzen uns für folgende Punkte ein:

- Vernetzung und Austausch der einzelnen Orte und Anbieter der Tourismusbranche
- Erstellung einer gemeinsamen Internet-Plattform für die Vermarktung der Tourismusangebote
- Gründung eines Tourismusvereins unter Einbeziehung der Gemeinden und der Tourismusanbieter
- Verbesserung der touristischen Infrastruktur
- fortlaufende Qualitätsüberprüfung und Pflege der regionalen Fahrrad- und Wanderwege
- Entwicklung neuer Wanderrouuten

Verbraucher*innenberatung

Verbraucher*innenschutz ist eine wichtige öffentliche Aufgabe.

Die wiederkehrenden Skandale um Nahrungsmittel, Tricks bei den Vermarktungsstrategien von Unternehmen im Verpackungsbereich, Vertragsangebote im Finanzbereich und auch die Debatte um die Energiepreise machen deutlich, dass ein professionelles Beratungsangebot für die Bürger*innen dringend notwendig ist. Im Landkreis Hildesheim fehlt es aber am Angebot von Fach- und Einzelberatungen sowie einer kritischen Auseinandersetzung mit diesen Themen.

Die Einrichtung einer Hildesheimer Zweigstelle der Verbraucherzentrale Niedersachsen (VZN) ist aus unserer Sicht notwendig. Die VZN ist als erfahrener und gemeinnütziger Beratungsverein für Verbraucher*innenberatung bestens geeignet.

Zur Sicherstellung der Finanzierung ist die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu suchen.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die Kreisverwaltung sich aktiv um die Einrichtung einer Zweigstelle der VZN bemüht.
- das Personal im Veterinäramt deutlich aufgestockt wird, um Lebensmittelkontrollen engmaschiger durchführen zu können.
- mehr Transparenz bei den Ergebnissen der Kontrolle eingeführt wird.

Fairer Handel

Der Kreistag hat die Einhaltung der „17 Ziele für nachhaltige Entwicklung“ der UN in seine Hauptsatzung geschrieben, um so sicherzustellen, dass sie grundsätzlich in allen seinen Handlungsfeldern berücksichtigt werden.

Wir wollen auch bei der Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen, dass die Verwaltung zukünftig alle gebotenen Möglichkeiten ausnutzt, um die Einhaltung der UN-Nachhaltigkeitskriterien einzufordern und dabei die zehn Grundprinzipien des Fairen Handels gemäß World Fair Trade Organization berücksichtigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- die Verwaltung alles veranlasst, um Nachhaltigkeitskriterien zukünftig prioritär im Vergabesystem zu berücksichtigen.
- Informationen zu einem nachhaltigen Beschaffungswesen aufbereitet und über die Klimaschutzagentur an die Öffentlichkeit weitergegeben werden.
- die Verwaltung Käufer*innen und Importeure fair gehandelter Produkte und Dienstleistungen und ihre Partner dabei unterstützt, in der Lieferkette Praktiken und Transportmöglichkeiten zu schaffen, die eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.

Arbeit

In unserem Landkreis besteht wie auch überall anders in Deutschland ein erheblicher Mangel an Fachkräften. Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf hilft, diesen Mangel teilweise zu beheben. Auch leben in unserem Landkreis viele gut ausgebildete Geflüchtete und Asylbewerber*innen, die bisher nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind. Die Arbeitswelt befindet sich in einem rasanten Wandel und erfordert von vielen eine stetige Weiterbildung und Umentorierung.

Ein wesentlicher Faktor in der Arbeitswelt ist die Gesundheitsförderung und die Einhaltung von sozialen Standards wie Arbeitszeitregelungen und Arbeitssicherheit.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- Anreize für die Beschäftigung von Geflüchteten und Asylbewerber*innen geschaffen werden.
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.
- die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz in der Landkreisverwaltung ausgebaut wird.
- vorbildliche Betriebe für das Erreichen und Übertreffen der vorstehenden Punkte ausgezeichnet werden.
- die Einhaltung von sozialen Standards und Tariftreue überwacht wird.

Wohnen & Wohnungsbau

Wohnungspolitik

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen und muss für alle Menschen bezahlbar sein.

Die Wohnungspolitik ist für uns GRÜNE daher ein zentrales Thema. Um die gewachsenen Strukturen unserer Städte und Gemeinden zu bewahren, ist eine umweltgerechte und klimaschonende Wohnungspolitik, die den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen gerecht wird, von großer Bedeutung.

Ein für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft wichtiger Punkt ist die Wohnraumversorgung für Geringverdiener durch die Bereitstellung von sozial geförderten Wohnungen. Der demografische Wandel in unserer Gesellschaft ist ebenso zu berücksichtigen wie die regionalen Gegebenheiten und Möglichkeiten der Orte und Dörfer.

Wir wollen unseren Bürger*innen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen und dabei gleichzeitig sorgsam mit Grund und Boden umgehen. Die Sanierung des Wohnraumbestandes sowie die Innenentwicklung der Orte ist für uns wichtiger als „Neubau um jeden Preis“.

Bei der Aufstellung neuer oder der Änderung bestehender Bebauungspläne durch die Städte und Gemeinden ist darauf zu achten, nur klimagerechte und energetisch hochwertige Bauweisen zu erlauben.

Klimawandelercheinungen wie Hitze, Dürre und Starkregen sind zu berücksichtigen. Eingriffe in den Naturhaushalt durch Ausweisung von Wohnbau- und Gewerbeflächen wollen wir bestmöglich vermeiden und nicht vermeidbare Eingriffe in vollem Umfang ausgleichen oder ersetzen.

Deshalb setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- Im Regionalen Raumordnungsprogramm werden nur in begründeten Ausnahmefällen neue Flächen zur Bebauung ausgewiesen und die Notwendigkeit der Ausweisung bisheriger Flächen überprüft.
- Die Sanierung von vorhandener Bausubstanz in der Verantwortung des Landkreises steht vor Abriss und Neubau, solange hohe Sanierungskosten dem nicht entgegenstehen.
- Über die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Hildesheim bezahlbares Wohnen in den Städten und Gemeinden weiter zu ermöglichen und den sozialen Wohnungsbau aktiv zu fördern.
- Nutzung des bevorstehenden Generationenwechsels in den Dörfern als Chance, Wohnraum für junge Familien zu schaffen.
- Neue Wohnformen wie Mehrgenerationen-WGs oder gemeinschaftliches Wohnen von Jung und Alt werden gefördert.
- Um allen Menschen einen einfachen Zugang zu öffentlichen Gebäuden zu ermöglichen, wollen wir den barrierefreien Zugang sicherstellen. Dies schließt nicht nur die rollstuhlgerechte Ausstattung ein, sondern auch die mehrsprachige Beschilderung, auch in Blindenschrift.

Wohnungsbau und Nachnutzung von Resthöfen

Für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in den Orten und Dörfern ist sehr oft eine Verjüngung der Einwohner*innenschaft notwendig. Für junge Leute ist jedoch die Verfügbarkeit von preiswertem Wohnraum aber auch der mögliche Erwerb von Wohneigentum ein entscheidender Standortfaktor.

Der frei finanzierte Wohnungsbau ist zusätzlich zum geförderten Wohnungsbau für uns GRÜNE ein wichtiger Bestandteil der Wohnraumversorgung. Daher unterstützen wir die Eigentumsbildung gerade für jüngere Familien.

Allerdings hat die Innenentwicklung Vorrang vor Neubaugebieten am Ortsrand, insbesondere etwa durch Bebauung von innerörtlichen Brachflächen oder den Abriss von abtrissreifen Gebäuden. Hierdurch wird nicht nur die Bevölkerungszahl und somit die Infrastruktur aufrechterhalten, sondern der Ort wird auch schöner und jünger. Bei Neubauten ist ein hoher energetischer Standard einzuhalten.

Gerade im ländlichen Bereich sind die Dörfer geprägt von Resthöfen. Am Ende des Strukturwandels in der Landwirtschaft stehen viele große Gebäudekomplexe weitestgehend leer. Die Erb*innen dieser Immobilien stehen vor weitreichenden Entscheidungen. Durch Beratungsangebote zu einer sinnvollen Nachnutzung sollen diese Menschen bei diesen Entscheidungen unterstützt werden.

Durch eine gute Verzahnung zur Wirtschaftsförderung aber auch zur Immobilienbranche sollen gute Lösungsangebote für eine standortgerechte Entwicklung dieser Flächen und Gebäude erarbeitet werden können.

Bei der Nachnutzung dieser Resthöfe eröffnen sich auch die Möglichkeiten der Schaffung von seniorengerechten Wohnungen oder generationsübergreifenden Wohnformen.

Wir GRÜNE treten deshalb für Beratungen durch den Kreis bei der Nachnutzung von Resthöfen ein.

Bezahlbares Wohnen für alle

Im Landkreis Hildesheim fehlt es schon seit längerer Zeit an kleinen preiswerten Mietwohnungen, an großen Wohnungen für Familien und an altersgerechtem Wohnraum.

Die kommunale Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte bestand vorzugsweise aus Mietwohnungsbau für Besserverdienende und aus der Ausweisung zusätzlicher Bauflächen für Einfamilienhausbebauung in Randlage. Letzteres beinhaltete eine neue Zersiedelung inklusive der Versiegelung von Naturflächen.

Wir GRÜNE wollen bezahlbaren Wohnraum in vernünftiger Qualität in allen Gemeinden des Landkreises. Durch eine regelmäßige Beobachtung des Wohnungsmarktes und die Einbindung von Expert*innen über einen Runden Tisch Wohnen sollen die hierzu erforderlichen Maßnahmen erarbeitet werden.

Wir wollen:

- die Einrichtung und Organisation eines Runden Tisches Wohnen durch die Kreisverwaltung.
 - eine Erhöhung der Anzahl von Sozialwohnungen im Bestand und im Neubau in den nächsten fünf Jahren.
 - eine Beratung und Förderung von gemeinschaftlich organisierten auch generationenübergreifenden Wohnprojekten bzw. Baugemeinschaften.
 - die Umsetzung eines Mietspiegels für den Landkreis Hildesheim.
 - die Erstellung eines Wohnungstauschprogramms und Unterstützung beim Umzug in eine kleinere Wohnung oder ein Pflegeheim, insbesondere gedacht als Unterstützung für umzugsbereite ältere und alleinstehende Personen.
- Dies gewinnt Wohnraum im Bestand und es hilft dem Generationenwechsel in den älteren Eigenheimquartieren.

Leben und Wohnen im Alter

Unser Ziel ist es, dass alle Menschen auch im Alter ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben führen können – mittendrin und nicht nur dabei!

Damit dies auch für pflegebedürftige Ältere möglich ist, brauchen wir bedarfsgerechte Service-, Bildungs- und Unterstützungsangebote, passende Wohnformen und eine „lebendige Vielfalt im Quartier“.

Wir wollen

- die Nahversorgung sichern.
Dies erreichen wir mit der Schaffung und dem Erhalt von Einkaufsgelegenheiten, Dienstleistungen wie Haus- und Gartendiensten, Patenschaften für ältere Menschen und Nachbarschaftshilfen, sowie Freizeitmöglichkeiten in unmittelbarer Umgebung, um ein langes Verbleiben im eigenen Zuhause zu ermöglichen.
- den Ausbau professioneller Entlastungsangebote wie Kurzzeit- und Tagespflege sowie von kleinteiligen und quartiersorientierten Wohn-Pflege-Alternativen, fördern. Hierzu zählen vor allem Wohngruppen und Pflege-WGs. Diese basieren auf dem ambulanten Prinzip und orientieren sich an dem vormals vertrauten Alltag, ohne dabei den Bedarf an Pflege und Unterstützung zu missachten.
- Wohnungsbaugesellschaften einbinden. Dies geschieht durch die Möglichkeiten der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, ihren Beitrag zur seniorengerechten Infrastruktur fortzusetzen und verstärkt altersgerechten und barrierefreien Wohnraum zu schaffen.
- Mehrgenerationenhäuser und Mehrgenerationentreffpunkte regional stärken.
- ein Sonderrecht auf größere Sperrmüllentsorgung bei Umzug in kleineren Wohnraum bzw. ins Pflegeheim.

Mobilität

Mobilität & Verkehr

Wir machen Verkehrspolitik für alle.

Dafür müssen auch die Aspekte von Kindern und Jugendlichen, von älteren Menschen und von Menschen mit Beeinträchtigungen als selbstverständliche Komponente in die Mobilitätspolitik einbezogen werden.

Wir setzen auf sichere und möglichst kurze Wege, auf Bewegungs- und Begegnungsräume, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, ein sicheres Radwegenetz und Gehwege, auf denen auch ein Rollstuhl oder ein Kinderwagen genug Platz haben.

Gleichwohl das eigene Auto im ländlichen Raum einen wesentlichen Teil des täglichen Mobilitätsmix ausmacht, sehen wir die Zukunft in der Verschiebung zu öffentlichen und klimaneutralen Verkehrsträgern. Dabei streben wir die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer*innen an.

Wir stehen für:

- Radwege, die der Mobilitätswende gerecht werden und Freude am Radfahren bringen.
- bezahlbaren Bus- und Bahnverkehr, der dann und dort zur Verfügung steht, wenn er gebraucht wird.
- einen PKW-Verkehr, der die Gesellschaft und ihre Zukunft nicht belastet.

In den letzten fünf Jahren ist es uns gelungen, positive Aspekte in den Nahverkehrsplan einzubringen, den Öffentlichen-Dienstleistungs-Auftrag mit dem Regionalverkehr Hildesheim neu abzuschließen, ein Radverkehrskonzept zu beschließen und das Radwegebauprogramm zu aktualisieren.

Angesichts der zunehmend schwierigen finanziellen Lage des Landkreises Hildesheim sind Bund und Land gefordert, massiv Mittel aus dem Sondervermögen in die Kommunen zu geben, um diese für die Gesellschaft so wichtige Aufgabe wesentlich stärker als bisher anzugehen.

Fahrradverkehr stärken

In den letzten fünf Jahren hat sich der Absatz von Pedelecs (E-Bikes) auf hohem Niveau stabilisiert und mehr als die Hälfte aller Neufahrräder sind elektrische.

Ende 2024 waren knapp 16 Millionen dieser Fahrräder in Deutschland unterwegs.

Damit erobert sich das Fahrrad den Platz eines ernsthaften Verkehrsmittels, insbesondere abseits von Freizeitfahrten. Der damit einhergehende erhöhte Qualitätsanspruch an die Radinfrastruktur ist allerdings nicht in gleichem Maße antizipiert worden.

In den kommenden fünf Jahren setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- mehr Investitionen in den Erhalt und den Ausbau von Radwegen und Radinfrastruktur
- die Sichtbarkeit von diesen Maßnahmen erhöhen, z.B. durch das Anbringen von Radfahrschutzstreifen auf Kreisstraßen, auf denen Radwege geplant, aber noch nicht umgesetzt wurden
- Radschnellweg von Hannover nach Hildesheim
- Sicherheit und den Komfort von Radwegen erhöhen, insbesondere durch Räumungen im Winter und verbesserter Beleuchtung
- Bereitstellung von Radmobilitätsstationen, bestehend aus Parkplätzen und Reparaturstationen

Öffentlichen Nahverkehr ausbauen

Der Öffentliche Personennahverkehr könnte preiswerte Mobilität zur Befriedigung aller Mobilitätswünsche im Alltag bieten. Leider ist das keine Realität, auch wenn wir uns das alle schon seit vielen Jahrzehnten wünschen. Wir priorisieren nicht den motorisierten Individualverkehr, wollen aber nicht weite Teile der Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Raum, von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgrenzen.

Dabei hat das von uns GRÜNEN auf Bundesebene eingeführte Deutschlandticket vieles erleichtert, auch wenn der monatliche Preis hierfür viel zu hoch ist. Doch was nützt das Ticket, wenn kein Bus fährt?

Wir stehen deshalb für:

- einen regelmäßigen Stundentakt, auch an Wochenenden, in jede Ortschaft des Landkreises mit mehr als 500 Einwohnenden.
- die Einführung eines Landesbusses von Holzminden/Eschershausen über Alfeld (Leine), Sibbesse, Hildesheim nach Peine.
- die Mitnahme von Fahrrädern und Elektrokleinmobilen auf ausgewählten Strecken und Fahrten.
- die konsequente Digitalisierung und Elektrifizierung des gesamten Busverkehrs, damit Angebote, Produkte, Fahrpläne und aktuelle Verkehrsmeldungen, inklusive aktueller Standorte von Bussen gebündelt und möglichst barrierefrei angeboten werden können.

Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau des schienenengebundenen Nahverkehrs ein. Insbesondere die Lammetalbahn zwischen Hildesheim und Bad Salzdetfurth und Bodenburg muss erhalten bleiben. Wir fordern das Land auf, bei den Ausschreibungen und der Ausstattung des rollenden Materials künftig eine wesentlich höhere Gewichtung auf die Zuverlässigkeit zu legen. Besonders Schüler*innen haben einen Anspruch auf eine reibungslose Beförderung.

Mit uns bleibt die Stadtbahnverbindung von Sarstedt nach Hannover erhalten. Die Stadtbahn mit ihrem regelmäßigen Takt wird täglich von einer Vielzahl an Pendler*innen, Senior*innen, Schüler*innen frequentiert. Im Jahr 2026 darf die Stilllegung einer elektrifizierten Nahverkehrsverbindung keinesfalls eine Option sein.

Motorisierten Individualverkehr an die Gesellschaft anpassen

Autoverkehr kostet die Gesellschaft jährlich über 40 Milliarden €, etwa durch Unfälle, Krankheiten und Staus. Diesen Schaden bezahlen wir alle, ob wir Auto fahren oder nicht.

Wir GRÜNEN wollen diese Kosten senken. Dies gelingt durch konsequente Elektrifizierung und die Errichtung entsprechender Infrastruktur, der Verringerung der Geschwindigkeiten (auf Kreisstraßen innerorts wo immer möglich Tempo 30) und natürlich einem breiteren Angebot von Carsharing-Angeboten.

Insbesondere im ländlichen Raum wird der motorisierte Individualverkehr auch weiterhin das Rückgrat der Mobilität sein und bleiben. Trotz der bisweilen sehr emotional geführten Diskussionen um das EU-weite Verbrennerverbot ab 2035 ist längst klar: Die Zukunft des Autos ist elektrisch. Den Umstieg dorthin wollen wir vorantreiben.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine bedarfsgerechte öffentliche Ladeinfrastruktur in enger Abstimmung mit dem örtlichen Einzelhandel, der Gastronomie und innerörtlichen Unternehmen.
- attraktivere Lademöglichkeiten für Menschen ohne eigene Lademöglichkeit zuhause, z.B. durch Laden an Straßenlaternen.
- erweiterte Möglichkeiten zur Ausweisung von innerörtlichen Tempo-30-Bereichen mit Hilfe der Novelle der Straßenverkehrsordnung, um vor allem Schulwege auf diese Weise sicherer zu machen.
- emissionsfreie Antriebe bei Neuanschaffungen von kommunalen Fahrzeugen.

Bildung, Kultur & Teilhabe

Bildung

Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig, das zeigt sich vor allem in unserer Schul- und Bildungslandschaft. In unseren Kitas und Schulen kommen Kinder und Jugendliche mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen zusammen:

- Kinder aus sozial benachteiligten und aus privilegierten Familien
- Schüler*innen mit sprachlichen, kognitiven und anderen Unterstützungsbedarfen
- Kinder mit besonderen Begabungen oder auch besonderem elterlichen Leistungsdruck
- junge Menschen mit Fluchtgeschichte
- queere Jugendliche
- Kinder mit internationaler Familiengeschichte

Diese Vielfalt nehmen wir als enorme Herausforderung für Lehrkräfte und schulisches Personal wahr. Gleichzeitig bietet sie die Chance für unsere gesellschaftliche Zukunft.

Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Alle Menschen haben ein Recht darauf, dass ihnen optimale Bildungschancen offenstehen. Bildungspolitik ist in erster Linie Ländersache. Jedoch steht der Landkreis in der Verantwortung für die räumliche Ausstattung der Schulen, für ein gutes KiTa- und Krippenangebot, für strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die Schulen räumlich lernfördernd und jugendgerecht gestaltet werden, das gilt auch für die Außenanlagen.
- Schuleinzugsbezirke für die Grundschulen beibehalten und möglichst so zugeschnitten werden, dass die Schulen eine vielfältige Schüler*innenschaft haben. Dadurch entsteht mehr Bildungsgerechtigkeit in den Städten und Gemeinden.
- die Umgestaltung unserer Schulen zu inklusiven Lernorten weiter vorangetrieben wird. Gleichzeitig wünschen sich nicht alle Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf für ihre Kinder die allgemeinbildende Schule. Auch diesem Anspruch wollen und müssen wir gerecht werden.
- ein wohnortnahes Angebot an Sprachlernklassen an allen Schulformen etabliert wird, denn Sprache ist der Schlüssel zur Integration.
- mit der digitalen Ausstattung unserer Schulen und aller Schüler*innen ein digitales Lernen für alle möglich ist.
- es einen kommunalen Fördertopf für Demokratieprojekte von Schüler*innen geben wird, denn unsere Demokratie ist aktuell durch Rechtsextremismus und Fake-News akut bedroht.
- das Angebot unserer Volkshochschulen insbesondere im Bereich der Sprachkurse bedarfsgerecht ausgebaut wird und die Dozent*innen besser bezahlt werden.

KiTa und frühkindliche Bildung

Je früher Kinder an Bildungsangeboten teilhaben, desto besser sind ihre Entwicklungsmöglichkeiten. Deshalb hat frühkindliche Bildung eine enorme Bedeutung für die Integration – sprachlich wie auch sozial. Auch die Herkunftsfamilien profitieren davon, wenn sie von den Bildungseinrichtungen mitgenommen werden.

Um für Eltern eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, ist es wichtig, wohnort- oder arbeitsnahe und zeitlich flexible Krippen- und KiTa - Plätze zur Verfügung zu stellen. Wenn – vor allem im ländlichen Raum – die KiTa nur per Auto zu erreichen ist, kann dies eine Barriere für Familien darstellen, die z.B. kein Auto besitzen (oder „nur“ eins) und die betroffenen Kinder somit von der Teilhabe an frühkindlicher Bildung ausschließen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine Reduktion der Bürokratie (z.B. digitale Tools und spezialisierte Verwaltungskräfte), damit mehr Zeit für die pädagogische Arbeit mit den Kindern bleibt.
- die Förderung baulicher Maßnahmen in Bezug auf Nachhaltigkeit bzw. Klimafreundlichkeit, Optimierung der pädagogischen Arbeit (Ausstattung, Material, Platz) und in Hinsicht auf die sich verändernden klimatischen Bedingungen der nächsten Jahrzehnte (steigende Temperaturen, stärkere Sonneneinstrahlung, Trockenheit, Hochwasserereignisse).
- Tagespflegepersonen, die als vollwertige Betreuung anerkannt und bezahlt werden, damit den Eltern das Wahlrecht zwischen Tagespflege und Krippe erhalten bleibt. Nur so kann es gelingen, auch Personen außerhalb von Teilzeitstellen, in Schichtarbeiten und außerhalb üblicher Bürozeiten Betreuungsplätze anzubieten.
- ein inklusives und barrierefreies Lernen in allen KiTas.

Schulen

Wer sich als Teil des Ganzen wahrnimmt, wird befähigt in und mit der Welt sinnvoll zu agieren. Ziel muss es also sein, Schulen für kompetenzorientiertes Lernen und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung zu befähigen.

Kompetenzorientiertes Lernen ist Grundlage für eine zukunftsfähige Entwicklung jedes Einzelnen und unserer Gesellschaft insgesamt. Darum wollen wir die Schulen weiterhin dabei unterstützen, die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen und zu erhalten. Auch ist es eine wichtige Aufgabe, dass alle Schüler*innen Nachhaltigkeit lernen. Alle Schüler*innen sollen darin unterstützt werden, die Folgen ihres eigenen Handelns zu verstehen und abzuschätzen: hinsichtlich ihres eigenen Lebens und hinsichtlich der (Welt-) Gemeinschaft.

Deshalb setzen wir uns für die folgenden Punkte ein:

- Die Ganztagsbeschulung ist eine wertvolle Erweiterung der schulischen Betreuung. Sie stellt gegenüber dem Hort eine wesentliche Verbesserung da. Die unentgeltliche Teilnahme von Schüler*innen verbessert grundsätzlich ihre Bildungschancen. Für den personellen, organisatorischen und inhaltlichen Rahmen sind grundsätzlich die Schulen und damit das Land zuständig. Der Landkreis kann hier aber bei der nachmittäglichen Angebotsvermittlung seinen Beitrag leisten. Wir als GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Schulen finanziell und organisatorisch bei dieser Aufgabe unterstützt werden.
- Bedarfsgerecht weitere Gesamtschulplätze zu schaffen, damit alle Schüler*innen die einen Platz in einer integrierten Gesamtschule möglichst mit integrierter Oberstufe haben wollen, diesen auch möglichst wohnortnah bekommen. Denn wir sind überzeugt, dass längeres gemeinsames Lernen die Bildungsgerechtigkeit stärkt und die Bildungschancen für alle verbessert.

Berufsschulen

Wir fordern eine zeitgemäße und gut erreichbare Berufsschulinfrastruktur für den gesamten Landkreis. Berufsschulen müssen zentral gelegen, barrierefrei und an den Öffentlichen Personennahverkehr angebunden sein. Da die Gebäude in die Jahre gekommen sind, müssen notwendige bauliche Maßnahmen durchgeführt werden. Dabei bleiben die Berufsschulstandorte erhalten und es wird im Bestand saniert und erweitert.

Eine digitale Ausstattung auf dem neuesten Stand sowie ein klimagerechtes und nachhaltiges Gebäude sind dabei unverzichtbar. Berufsschulen sind Orte, an denen Bildung, soziale Begegnung und Zukunftsperspektiven miteinander verbunden werden. Dazu bedarf es entsprechend der digitalen Entwicklung berufsbezogener Projekträume, einer modernen Ausstattung mit berufstypischen technischen Anlagen und Geräten und eines hochwertigen technischen Supports.

Auch sollen unsere berufsbildenden Schulen verstärkt zu Orten lebenslangen Lernens werden, denn die Digitalisierung fordert von den Beschäftigten, sich entsprechend der sich immer schneller verändernden Anforderungen weiterzubilden. Dafür müssen die berufsbildenden Schulen entsprechend ausgestattet werden.

Sport

Der Sport im Landkreis ist vielfältig und reicht vom Breitensport über den Gesundheitssport bis zum Leistungssport.

Miteinander gewinnen und verlieren können, eigene persönliche Bestleistungen erreichen und in Gemeinschaft Sport treiben, sind wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen. Das ehrenamtliche Engagement im Sport sorgt in hohem Maße für die Tragfähigkeit des sozialen Netzes.

Wir GRÜNEN wollen Kindertagesstätten motivieren, Sport zu einem wesentlichen Bereich der Kindertagesstätten zu machen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- das ehrenamtliche Engagement erhalten, ausgebaut und wertgeschätzt wird.
- Bewegung und sportliche Betätigung in Kindertagesstätten und Schulen vorangebracht wird.
- Sportangebote für alle Menschen im Landkreis unabhängig von einer etwaigen Verbandszugehörigkeit gefördert werden.

Kultur

Die Förderung von Kunst und Kultur ist für den Landkreis eine wichtige Aufgabe, die dieser in Abstimmung mit den Gemeinden vor allem in der Funktion eines Dienstleisters wahrnimmt. Er bietet fachliche Beratung und Unterstützung, vermittelt Kontakte, bietet Informations- und Fortbildungsveranstaltungen an und initiiert Veranstaltungen.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Förderung der freien Kulturszene aufrechtzuerhalten und ihre Existenz zu sichern.

In der Kulturförderung müssen die vielfältigen Fördertöpfe in ihrer Mittelvergabe und in ihren Entscheidungen koordiniert werden.

Wir GRÜNEN setzen uns für eine einheitliche und transparente Kulturförderung ein. Das Kulturbüro soll dafür durchschaubare Vorschläge und Strategien entwickeln, kontinuierlich anpassen und verbessern, sodass sowohl die Mittelvergabe als auch die Weiterentwicklung der bisherigen Kulturpolitik einen wichtigen Baustein der Regionalentwicklung darstellt.

Bürger*innenbeteiligung

Wir GRÜNEN setzen uns für eine politisch aktive Gesellschaft ein, in der alle Menschen im Landkreis ihr Recht auf politische Teilhabe wahrnehmen können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Migrationshintergrund einen einfacheren Zugang zur Politik bekommen. Hierzu wollen wir den Migrationsbeirat stärken und ausbauen. Mit der Stärkung des Behinderten- und Inklusionsbeirats, wollen wir die politische Teilhabe von Menschen mit Assistenzbedarf erhöhen.

Demokratieförderung

Eine offene Gesellschaft kann nur existieren, wenn elementare Grundbedürfnisse zur Daseinsvorsorge für alle sichergestellt sind, zivilgesellschaftliches Engagement gelebt und gefördert wird und die öffentliche Verwaltung in diesem Sinne den Bürger*innen auf Augenhöhe begegnet.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist kein neues Phänomen, sondern tief in der Gesellschaft verankert. Daher ist es wichtig, hier früh anzusetzen und eine diverse, offene Gesellschaft in allen Bereichen des Lebens zu zeigen und zu fördern.

Inklusion muss von einer offenen Gesellschaft gelebt werden. Deshalb dürfen wir nicht wegschauen, wenn Menschen aufgrund ihrer Nationalität, Hautfarbe, Religion, ihres Geschlechts oder ihrer Geschlechtsidentität, ihrer sozialen Herkunft, körperlicher oder geistiger Einschränkungen oder ihres Alters ausgegrenzt werden.

Daher müssen wir darauf achten, dass wir Kindern schon früh das Verständnis für Vielfalt und Toleranz gegenüber unbekannten Lebenswirklichkeiten vermitteln.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Programme zur Demokratieförderung, Antidiskriminierung und Unterstützung marginalisierter Gruppen, z.B. Jugend- und Beratungsangebote, gefördert werden. Zudem setzen wir uns für eine Stabsstelle für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratieförderung ein.

Ehrenamt

Ein lebendiges und lebenswertes Gemeinwesen ist geprägt von Bürger*innen, die sich einbringen.

Im Landkreis Hildesheim engagieren sich viele Menschen in Sportvereinen, Jugendverbänden, Kultur- und Musikvereinen, sozialen Organisationen, im Umweltschutz, in der Politik, bei der Feuerwehr, in Kirchen, Initiativen und vielem mehr. Dieses Engagement ist freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet und dient vielen Menschen.

Wir GRÜNEN verstehen dies als einen wertvollen Beitrag zur Förderung von Solidarität und Gemeinsinn in unserer Gesellschaft und dieser verdient deshalb hohe öffentliche Anerkennung.

Ohne den ehrenamtlichen Einsatz vieler Menschen wäre unsere Gesellschaft um viele kulturelle, sportliche und inklusive Angebote ärmer. Diesen Einsatz möchten wir würdigen und die Ehrenamtskarte noch weiter bekannt machen, sowie die Angebote zur Ehrenamtskarte, insbesondere auch für junge Menschen, weiter ausbauen und dafür sorgen, dass ihre Vorteile auch wirklich gewährt werden.

Auch die ehrenamtliche Arbeit vieler junger Menschen möchten wir wertschätzen, indem wir Weiter- und Fortbildungsangebote zur Jugendleiterkarte (Juleika), vor allem zu den Themen Demokratieförderung, Diversität und Antidiskriminierung unterstützen und indem wir bei der Ehrenamtskarte auch nach Angeboten für junge Menschen suchen.

Wir GRÜNE setzen uns aktiv für eine Strategie zur Stärkung des Ehrenamts ein, damit das Ehrenamt den Fokus bekommt, den es verdient.

Jugendpartizipation

Das seit 2022 bestehende Jugendparlament des Landkreises Hildesheim (JuPaHil) wird alle zwei Jahre neu gewählt. Wahlberechtigt sind alle Jugendlichen im Alter von zehn bis 22 Jahren im Landkreis Hildesheim. Die Mitglieder des Jugendparlaments vertreten die Interessen der Jugendlichen im Landkreis Hildesheim gegenüber der Kreisverwaltung. Sie sind in allen Ausschüssen als beratende Mitglieder vertreten.

Wir GRÜNEN treten für eine Fortführung und Stärkung des Jugendparlaments als Teil der Demokratieförderung bei jungen Menschen ein.

Um die Arbeit des Jugendparlaments bei jungen Menschen bekannter zu machen, möchten wir, dass Informationen zum Jugendparlament und zur Demokratieförderung für alle Schulformen und Jugendeinrichtungen des Landkreises zugänglich sind. So erhalten auch Jugendliche, die bisher keinen Zugang zur Politik hatten, einen Einblick in demokratische Prozesse und werden motiviert, sich zu beteiligen.

Wir setzen uns dafür ein, dass für die Arbeit des Jugendparlaments auskömmliche finanzielle Mittel in den Haushalten eingestellt werden. Im bisherigen Modell verfügt das Jugendparlament in seinen Wahljahren über unzureichende Mittel für die sonstige inhaltliche Arbeit. Der Haushaltsansatz soll in Wahljahren (2028, 2030, 2032) angepasst werden.

Wir wollen die, bislang vom Kreistag beschlossene, halbe Stelle zur pädagogischen Betreuung des Jugendparlaments auf eine volle Stelle ausweiten. Darüber hinaus soll eine halbe Stelle einer Verwaltungsfachkraft hinzukommen. Mit dem bisherigen Rahmen ist eine sachgerechte Betreuung der Arbeit des Jugendparlaments nicht möglich.

Wir befürworten eine engere Zusammenarbeit zwischen der Kreisverwaltung und den Mitgliedern des Jugendparlaments.

Um junge Menschen stärker in die Kreispolitik einzubinden, möchten wir dem Jugendparlament ein Stimmrecht, mindestens bei jugendrelevanten Themen, in den Kreistagsausschüssen einräumen.

Soziales

Kommunale Sozialpolitik

Die soziale Ungleichheit wächst und die Verteilung von Einkommen und Vermögen driftet immer weiter auseinander. Vor allem Geringqualifizierte, Alleinerziehende, Menschen mit Beeinträchtigungen, chronisch Kranke und Menschen mit Migrationsgeschichte sind von Armut betroffen – zunehmend auch Selbstständige und Senior*innen.

Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie im Niedriglohnbereich und Langzeitarbeitslose leiden dabei häufig an sozialer Ausgrenzung und geringen Teilhaberechten.

Steigende Mieten und ein Mangel an öffentlich geförderten sowie bezahlbaren Wohnungen verschärfen die prekäre Lage für Menschen mit niedrigen Einkommen zunehmend. Ein Anstieg von wohnungslosen Menschen ist eine der Folgen.

Kommunalpolitik kann Armut nicht verhindern, sie kann aber die Folgen von Armut durch ein breites Beratungs-, Hilfs- und Unterstützungsangebot lindern.

In diesem Sinne

- unterstützen wir alle zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenstellen.
- wollen wir Beratungsstellen für Menschen, die in Not geraten sind, weiterführen und ausbauen. Dazu gehören vor allem Arbeitslosen-, Schuldner*innen- und Suchtberatung.
- treten wir dafür ein, dass bei jedem Bauprojekt ab 20 Wohneinheiten mindestens 20% der Wohnungen zu bezahlbaren Mieten gebaut werden.
- wollen wir dafür sorgen, dass der Landkreis als Arbeitgeberin und Auftraggeberin ihrer sozialen Verantwortung gerecht wird. Dafür dürfen Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die mindestens Tariflohn zahlen. Arbeitsverhältnisse bei der Kommune und in kommunalen Betrieben müssen in vollem Umfang den sozialen Standards entsprechen.

Anerkennung sozialer Leistungsträger

Wir GRÜNEN denken soziale Verantwortung, Fachkräftesicherung und Menschenwürde zusammen. Fast jede dritte erwachsene Person in Deutschland erfüllt innerhalb eines Jahres die Kriterien einer psychischen Erkrankung. Dies ist also kein Randthema, sondern Alltag. Es handelt sich dabei um Nachbar*innen, Freund*innen und Kolleg*innen – Menschen, die Hilfe brauchen, und zwar schnell, wohnortnah und respektvoll.

Hilfe in solchen Situationen gibt es nicht zum Nulltarif. Es werden Menschen gebraucht, die tagtäglich dafür sorgen, dass andere wieder aufstehen können, dass Kinder, Pflegebedürftige, Kranke und Ältere ein gutes Leben führen können.

Diese hilfsbereiten Menschen arbeiten in sozialen, pflegerischen und therapeutischen Berufen. Sie tragen unsere Gesellschaft und halten sie zusammen. Und wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen nicht selbst in Armut leben. Denn Fürsorgearmut darf nicht die Folge von Fürsorgearbeit sein. Nur eine Gesellschaft, die ihren Helfer*innen hilft, hilft auch sich selbst.

Deshalb setzen wir uns für die folgenden Punkte ein:

- Wir stehen dem Ehrenamt zur Seite, wobei wir darauf achten, dass der Trend, soziale Aufgaben auf Ehrenamtliche abzuwälzen oder die Ehrenamtlichen nicht angemessen zu entschädigen, nicht weitergeführt wird.
Das Ehrenamt ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und darf kein Ersatz für öffentlich-rechtliche Verantwortung sein.
- Wir setzen uns trotz der schwierigen Haushaltslage des Landkreises für eine auskömmliche Finanzierung von sozialen Dienstleistern und Verbänden ein, wenn diese originär öffentlich-rechtlichen Aufgaben übernehmen.
- Wir behalten im Auge, dass von sozialen Akteur*innen eingeworbene Spenden ihnen wirklich als Bonus zur Verfügung stehen und dadurch nicht die öffentliche Finanzierung geschmälert werden darf.
- Wir erkennen an, dass auch die primär Helfenden Helfer*innen haben, ohne die sie ihre Arbeit nicht effizient erledigen können. Auch diese Personen verdienen eine gerechte Entlohnung.

Kinder- und Jugendhilfe

Das Angebot der Jugendhilfe richtet sich an hilfebedürftige Kinder und Jugendliche sowie deren Umfeld. Dabei geht es auf unterschiedliche Bereiche ein. Sozialräume sind heutzutage anders zu definieren als vor 20 Jahren.

Sich ändernde gesellschaftliche, wirtschaftliche, schulische und technologische Bedingungen, aus denen sich Probleme oder seelische Herausforderungen für Kinder und Jugendliche ergeben, müssen als solche schnell erkannt werden, sodass Hilfsangebote angepasst und aufgebaut werden können. Hierbei muss der Digitale Raum inkludiert werden.

Wir GRÜNEN treten für eine Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe ein:

- Wir setzen uns dafür ein, das bestehende Jugendhilfeangebot zu erhalten und für die Zukunft sowohl inhaltlich als auch räumlich anzupassen und auszubauen. Die Arbeit der kommunalen Ombudsstelle erachten wir als wichtig.
- Wir wollen die bestehenden Präventionsmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe beibehalten und neue Projekte fördern. Wir sehen einen Zusammenhang darin, dass hohe Investitionen in Präventionsmaßnahmen, die in den letzten Jahren stark gestiegenen Kosten der „Hilfen zur Erziehung“ im Haushalt des Landkreises langfristig senken können.
- Die in den letzten Jahren gewachsene Zusammenarbeit zwischen den Jugendhilfe-Bereichen und den Bildungs- und Erziehungseinrichtungen begrüßen wir.
- Der Runde Tisch Kinderarmut des Landkreis Hildesheim soll erhalten bleiben und seine Arbeit gestärkt werden. Der Runde Tisch soll dazu befähigt werden, in den kommenden Jahren in allen Kommunen des Landkreises Sozialraumkonferenzen durchführen zu können. Ziel soll es sein, mit den Akteur*innen der Jugendhilfe vor Ort ein passgenaues Angebot für Kinder und Jugendliche zu entwickeln.
- Der Kinder- und Jugendschutz soll gestärkt werden, um das Wohl junger Menschen zu sichern und sie wirksam vor Gewalt und Diskriminierung zu schützen.
- Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen soll ausgebaut werden und ihre Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen auf kommunaler Ebene gestärkt werden.
- Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche sollen vergünstigt zugänglich sein, damit alle unabhängig von der sozialen und wirtschaftlichen Herkunft teilnehmen können.
- Offene und sichere Freizeiträume sollen entstehen, in denen junge Menschen sich treffen, ausprobieren und ihre Freizeit selbstbestimmt gestalten können.

Existenzsicherung: Armut bekämpfen

Nach Definition der Europäischen Union gilt als arm, wer über weniger als 60 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens verfügt.

Immer mehr Menschen sind von relativer Einkommensarmut betroffen, während immer mehr Reiche noch reicher werden – auch im Landkreis Hildesheim.

Von einem guten Auskommen mit dem Einkommen ausgeschlossen sind insbesondere Arbeitslose, Alleinerziehende, Aufstocker*innen in schlecht bezahlten Jobs, Menschen mit Fluchterfahrung oder wegen gesundheitlicher oder sozialer Einschränkungen und somit auf Grundsicherungsleistungen Angewiesene.

Insbesondere auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat Armut erdrückende Auswirkungen. Durch unzureichende Ernährung, Bekleidung, Wohnraum, Gesundheitsfürsorge ist nicht nur die Grundversorgung armer Kinder eingeschränkt, sondern auch ihre soziale und kulturelle Teilhabe und ihre Bildungs- und Berufschancen.

Wir wollen mit folgenden Maßnahmen Kindern im Landkreis Hildesheim eine gute Zukunft ermöglichen und Familien unterstützen:

- Kinderarmut als Querschnittsaufgabe in Jugendhilfe und Jugendarbeit

- Sozial- und Jugendhilfeplanung lösungsorientiert, ressortübergreifend und ohne Zuständigkeitsgerangel
- Sozialraumorientierung und Kooperation aller Akteur*innen im Quartier
- Familienzentren ausbauen
- Sozialticket für ÖPNV und Sportvereine und andere öffentliche Einrichtungen
- Kooperation von Schule und Sportvereinen

Grundrecht auf Wohnen: Überwindung der Obdach- und Wohnungslosigkeit

Auch im Landkreis Hildesheim gibt es Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Die meisten davon kommen kurzfristig bei Bekannten oder der Familie unter, einige sind aber auch obdachlos.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit kann jeden treffen. Menschen geraten auf ganz unterschiedliche Weise in diese Situation, sei es durch Trennung, Arbeitslosigkeit, durch körperliche, psychische oder Suchterkrankungen.

In der Stadt Hildesheim gibt es bereits einige sehr gute Hilfsangebote. Diese Angebote stehen überwiegend nur in Hildesheim zur Verfügung.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Hilfsangebote für Obdachlose in den anderen Kommunen im Landkreis deutlich verbessert werden.

Der vergangene Winter hat aber auch deutlich gezeigt, dass das Kälteschutz-Angebot, insbesondere in Nächten und an Wochenenden, in Stadt und Landkreis dringenden Ausbau benötigt. Dies gilt explizit auch für Angebote für Menschen aus Nicht-EU-Staaten.

Ebenso werden mehr sichere Angebote für queere Menschen, Frauen und Familien benötigt, die in den bisherigen Angeboten bei allem Engagement noch immer zu wenige Anlaufstellen haben.

Ein wichtiger Bestandteil der Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist auch die Unterstützung von Menschen im Vorfeld. Dazu zählt auch die Unterstützung von Suchtkranken. Dabei leisten die ambulanten Suchtberatungsstellen wichtige Arbeit, die wir weiter unterstützen wollen.

Es gibt ein großes Gefälle von Wohnungs- und Obdachlosigkeit zwischen dem Oberzentrum Hildesheim und dem ländlichen Raum des Kreises. In kleinen Gemeinden gibt es zwar meist nur wenige Betroffene, aber gerade deshalb fehlt es auch an Hilfsangeboten und Strukturen. Dies muss verbessert werden, z.B. durch Unterstützung des Landkreises oder eine Kooperation mit den ländlichen Kommunen.

Gewaltprävention

Geschlechtsspezifische Gewalt, ob im privaten oder öffentlichen Raum, betrifft nach wie vor hauptsächlich Frauen, inter*, nicht-binäre und trans* Personen sowie Menschen, die sich ohne Geschlechtsidentität erleben. Dazu zählen auch besonders schwerwiegende Formen wie Femizide, die das Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt verdeutlichen.

Eine verstärkte Auseinandersetzung mit dieser Problematik ist auf allen politischen Ebenen erforderlich.

Das im Bundestag verabschiedete Gewalthilfegesetz bildet die Grundlage dafür, dass den Betroffenen von häuslicher Gewalt in den Kommunen künftig effektiver geholfen werden kann. Erst ab 2032 besteht ein Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für Betroffene von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt.

So lange dürfen wir nicht warten.

Schon 2018 hat Deutschland die Istanbul-Konvention ratifiziert und sich dazu verpflichtet, gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen niedrigschwellige, barriere- und diskriminierungsfreie Unterstützung bereitzustellen.

Als Richtwert für den Bedarf an Frauenhausplätzen gilt ein Platz im Frauenhaus pro 10.000 Einwohner*innen, demnach sollte der Landkreis Hildesheim ca. 26 Frauenhausplätze bereithalten. Hinzu kommen Plätze für Kinder in den Frauenhäusern.

Es ist es nun erforderlich, die Umsetzung dieser Konvention auf kommunaler Ebene voranzutreiben. Dabei ist ein besonderer Fokus auf Prävention, Schutzmaßnahmen und die konsequente Verfolgung geschlechtsspezifischer Gewalt zu legen.

Aus diesem Grund setzen wir GRÜNE uns für folgende Maßnahmen ein:

- Überprüfung des Bedarfs an weiteren Schutzräumen
- Aus- und Neubau und sichere Finanzierung von Frauenhäusern und Schutzwohnungen
- Gewährleistung eines barrierefreien Zugangs zum Frauenhaus und aller weiteren Schutzeinrichtungen.
- Einrichtung einer kommunalen Notruf- und Beratungsstelle mit ausreichender Finanzierung der Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt sowie weiteren Schutzeinrichtungen und Beratungsstellen
- ausreichende Finanzierung der psychosozialen Arbeit mit potenziellen Täter*innen zur Prävention und zum Schutz potenzieller Opfer, z.B. Wendepunkt von KWABSOS e.V. – zur Prävention und zum Schutz potenzieller Tatopfer.
- Schaffung von geschlechtsunabhängigen Schutzräumen, besonders für trans* und nicht-binäre Personen sowie cis-Männer
- Unterstützung der Opferhilfe-Beratungsstellen, z.B. Stiftung Opferhilfe Niedersachsen
- Sensibilisierungskampagnen und Bildungsangebote zu geschlechterspezifischer Gewalt und stereotypischen Rollenbildern über alle Altersklassen hinweg in der Kreisverwaltung und dem öffentlichen Raum
- Finanzierung von Fortbildungen für Berufsgruppen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten
- Aufbau eines kommunalen Gremiums zum Thema Gewalt an FLINTA*
- Sichere Wege für FLINTA* durch Berücksichtigung geschlechterspezifischer Bedürfnisse bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel

FLINTA ist ein Akronym aus der queeren und feministischen Bewegung. Es steht für Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans* und agender Personen. Das Sternchen fungiert als Platzhalter und soll signalisieren, dass auch alle anderen geschlechtlichen Identitäten eingeschlossen sind, die nicht den traditionellen gesellschaftlichen Normen entsprechen.*

Drogenberatung und Substitutionsangebote

Das öffentliche Konsumieren illegaler Substanzen stellt eine Herausforderung für Konsument*innen sowie Passant*innen dar. Offene Konsumorte, die keine Struktur haben, führen zu Unsicherheit, vermüllten Straßen und erhöhen das Risiko von Infektionen wie HIV oder Hepatitis. Gleichzeitig zeigt sich in Städten wie Zürich, dass eine offene, akzeptierende und gut organisierte Drogenpolitik das Stadtbild verbessern, für mehr Sicherheit sorgen und den Betroffenen echte Perspektiven bieten kann.

Geschützte Konsumräume, ärztlich begleitete Substitutionsprogramme und ein starkes Netz an Beratungsangeboten sorgen für mehr Sauberkeit und Sicherheit und erhöhen die gesellschaftliche Akzeptanz. Eine moderne Drogenpolitik schützt sowohl Konsument*innen als auch die gesamte Bevölkerung.

Wir fordern:

- mehr Sicherheit im öffentlichen Raum durch den Ausbau und die Unterstützung bestehender Konsumräume
- weiterhin Aufklärung an Schulen über die Risiken und Nebenwirkungen von Drogen, bei denen lokale Referent*innen hinzugezogen werden
- stabile Finanzierung und damit eine verlässliche Förderung der Sucht- und Drogenberatung
- flächendeckende Beratung mit Beratungsstellen im gesamten Landkreis, die leicht erreichbar und niedrigschwellig sind
- medizinische Versorgung mit ärztlich begleiteter Substitution in spezialisierten Zentren für einen sicheren Konsum
- Sauberkeit und Prävention mit Maßnahmen gegen Infektionsrisiken, z.B. durch Spritzentauschprogramme und Aufklärung

Gesundheit & Pflege

Hochwertige Versorgung in der Fläche sicherstellen

Eine gute Gesundheitsversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge – so wichtig wie Wasser, Energie und Bildung. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass sie zukunftsfest bleibt. Die demografische Entwicklung verändert jedoch auch die medizinische Versorgung: Immer mehr ältere Menschen benötigen medizinische und pflegerische Unterstützung, während gleichzeitig viele Ärzt*innen, Pflegekräfte und Therapeut*innen in den Ruhestand gehen. Dadurch drohen Lücken in der Versorgung: Praxen bleiben unbesetzt und Wege zu Ärzt*innen werden länger.

Kommunale Gesundheitspolitik bedeutet für uns auch die Sicherstellung der ärztlichen Grundversorgung im ländlichen Raum. Hier findet gerade ein Generationenwechsel statt. Die Gemeinden vor Ort müssen in den Stand versetzt werden, frühzeitig die richtigen Weichen zu stellen, um die Ansiedlung von Ärzt*innen zu gewährleisten.

Daher muss ein Gesundheitsmanagement seitens des Landkreises angeboten werden, dass die Gemeinden umfassend berät, die notwendigen Kontakte herstellt und koordiniert.

Wir GRÜNEN wollen die hausärztliche Versorgung vor Ort und stellen den Menschen in den Mittelpunkt: Gesundheit darf nicht vom Wohnort, Alter oder Einkommen abhängen. Wir wollen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung haben.

Dafür setzen wir auf Prävention, wohnortnahe Versorgung und innovative Versorgungsmodelle:

- Medizinische Versorgungszentren in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft, in denen verschiedene Fachrichtungen unter einem Dach zusammenarbeiten
- Regionale Gesundheitszentren, die ambulante, teilstationäre, pflegerische und präventive Angebote bündeln und eine kreisweite Vernetzung von Pflegeeinrichtungen, Rettungsdiensten und Krankenhäusern schaffen
- Mobile Praxen und Gesundheitsbusse, die die Versorgung dorthin bringen, wo die Menschen leben
- Gemeinde-Notfallsanitäter*innen, die Hausärzt*innen unterstützen und als erste Ansprechpartner*innen wirken
- Telemedizinische Angebote, Videosprechstunden und digitale Gesundheitsassistent*innen, die auch über größere Distanzen die Betreuung von Patient*innen sicherstellen können.
- Sicherstellung der kreisweiten Senioren- und Pflegestützpunkte
- Alltagshilfen und Begleitsdienste für Pflegebedürftige im Kreis
- Inklusiver Beratungsdienst für Senioren
- Hospiz- und Palliativnetzwerke aufbauen und fördern
- Aufbau und Stärkung eines kreisweiten Palliativstützpunktes und einer ambulanten Palliativversorgung
- Umsetzungsmodelle in der Pflege fördern und Projekte sozial und nachhaltig unterstützen

Notfallversorgung und Rettungsdienst

Eine gut funktionierende und wirtschaftliche Notfall- und Akutversorgung ist ein zentraler Pfeiler einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung. Allerdings erleben wir in Bereitschaftsdiensten und Notaufnahmen eine zunehmend unkoordinierte Inanspruchnahme. Das schafft Überlastungen und zum Teil überlange Wartezeiten vor allem für diejenigen Patient*innen, die dringend auf Hilfe im Notfall angewiesen sind.

Deshalb wollen wir

- die Weiterentwicklung einer Ersthelfer*innen-App, die professionell geschulte Freiwillige alarmieren und direkt zum Ort des Notfalls lotsen, damit sie dort bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes lebensrettende Hilfe leisten können.
- den Einsatz von Gemeinde-Notfallsanitäter*innen erproben, um so den Rettungsdienst zu entlasten.

Offene Gesellschaft

Geschlechtergleichstellung und queeres Leben

Gleichstellungs- und Queerpolitik sind Querschnittsthemen. Alle Menschen in ihrer Individualität sind gleich an Würde, die Bedürfnisse aller Menschen gilt es angemessen zu berücksichtigen.

Wir lehnen die Orientierung an einem Norm-Menschen (allzu häufig: ein weißer cis-Mann) ab und fordern Gendersensibilität als Norm für alle Entscheidungen, die auf Menschen Einfluss nehmen, d.h. als Norm für alle politischen Entscheidungen.

Daher wollen wir, dass kommunalpolitische Entscheidungen erst ergehen, wenn verschiedene gleichstellungspolitische Fragen beantwortet wurden, um ggf. im Sinne der Gleichstellungspolitik nachsteuern zu können. Der Landkreis Hildesheim muss es sich zum Ziel machen, ein Selbstverständnis als vielfältige, bunte und inklusive Kommune aufzubauen.

Konkret heißt das:

- Wir setzen uns weiter für eine Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft ein und wollen, dass dieses Angebot auch in Zukunft erhalten bleibt.
- Wir GRÜNEN unterstützen Maßnahmen mit dem Ziel, Führungspositionen in Verwaltung und Wirtschaft mindestens zu 50 % mit FLINTA-Personen sowie Menschen, die sich ohne Geschlechtsidentität erleben, zu besetzen und auf Diversität zu achten.
- Frauengruppen, -projekte und -initiativen müssen dauerhaft finanziert werden, insbesondere qualifizierte Maßnahmen, die Gewalt verhindern, bzw. Einrichtungen, die Mädchen und Frauen mit Gewalterfahrungen beraten.
- Die beispielhafte Arbeit des Internationalen Frauentreffs des Asyl e.V. muss in Kooperation von Stadt, Landkreis und Land so finanziert werden, dass das Angebot an Beratung, Begleitung, Bildung und beruflicher Förderung für Migrantinnen unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel im Landkreis langfristig bestehen kann.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die gerechte Teilhabe der Geschlechter an allen wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und familiären Aufgaben voranzutreiben, ist Ziel unserer Politik. Dafür brauchen wir im Landkreis Hildesheim Krippen, Kindertagesstätten, Horte und Schulen, in denen unsere Kinder (bis zum 14. Lebensjahr) gut betreut und mit echten Startchancen fürs Leben ausgestattet werden.

Es muss um eine Neubestimmung der Rollen- und Arbeitsverteilung zwischen und unter den Geschlechtern gehen, z.B. bei Erziehung und Pflege. Voraussetzung dafür sind selbstbestimmte und moderne Arbeitszeitmodelle. Für uns gehört es zur Lebensrealität Ein-Elternfamilien und Regenbogenfamilien, u.a. bei Familienberatungsstellen und Jugendämtern, zu verankern.

Queeres Leben

Queeres Leben findet sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum statt, auf dem Dorf ebenso wie in der Stadt. Queere Politik ist kein Nice-to-have, sondern ein Muss. Dennoch gibt es im Landkreis Hildesheim bislang zu wenige Rückzugsorte für queere Menschen und zu wenige Angebote sowie Aktivitäten und oft zu wenig Sensibilisierung in den verschiedenen Ämtern. Das wollen wir künftig ändern und uns dafür auf politischer Ebene einsetzen.

Konkret wollen wir ermöglichen:

- Die Schaffung einer Vollzeitstelle für eine*n Queerbeauftragte*n, die als zentrale Anlaufstelle für Bürger*innen dient und queere Perspektiven in Verwaltung und politischen Ausschüssen vertritt.
- Die gezielte Förderung regionaler queerer Vereine und Initiativen, die im gesamten Landkreis aktiv sind.
- Die Förderung eines Queeren-Zentrums mit geschultem Fachpersonal oder alternativ die Bereitstellung geeigneter Räume, in denen sich queere Vereine und Personengruppen ungestört treffen, austauschen und organisieren können.
- Die Eröffnung einer Beratungsstelle für LGBTQIA+-Personen.
- Entwicklung und Umsetzung von Sensibilisierungsprogrammen für Mitarbeitende der Kreisverwaltung.

Leben im Alter

Die Bevölkerung im Landkreis Hildesheim wird immer älter. Deshalb sind der Ausbau und die Verbesserung einer senior*innengerechten Infrastruktur immer wichtiger. Umgebung, Wohnen, inklusive Umgebung und Pflege älterer Menschen müssen barrierefrei und gut zugänglich sein. Viele Senior*innen sind nicht mehr so mobil. Ihnen soll ermöglicht werden, alle wichtigen Orte problemlos zu erreichen und sich dort sicher aufhalten zu können.

Damit ältere Menschen so lange wie möglich zu Hause leben können, braucht es die entsprechenden Angebote in möglichst unmittelbarer Umgebung. Einkaufsgelegenheiten, für den Alltag wichtige Dienstleistungen und ausreichend Freizeitmöglichkeiten spielen eine besondere Rolle. Auch die Mitbürger*innen sind gefordert: Denn Lebensqualität im Alter ist in einer älter werdenden Gesellschaft nur zu erreichen, wenn freiwilliges Engagement vor Ort hierzu einen wesentlichen Beitrag leistet. Ein Ausbau des so genannten Freiwilligenmanagements ist dafür unerlässlich.

Wir setzen uns ein für:

- Pflege- und Stützpunkte als Informations- und Beratungsplattform für Senior*innen und pflegende Angehörige in der Region erhalten und deren Ausweitung prüfen
- Angebote der Volkshochschule auch an den Bedürfnissen älterer Menschen ausrichten

- Öffentlichen Regionalverkehr senior*innengerecht, barrierefrei einrichten und ausbauen. Dabei Buseinstiege, Sitzplätze für Ältere, Platz für Rollatoren im Bus, Fahrpläne und Verspätungsanzeigen im Blick behalten.
- Straßeninfrastruktur auch an die Bedürfnisse älterer Menschen anpassen
- Kreisweite Präventionstrainings gegen altersspezifische Kriminalität für Seniore*innen fördern
- rollatorengeeignete Schotterwege in Landschafts- und Erholungsgebieten

Menschen mit Behinderung

Inklusion findet nicht nur in den Schulen statt. Wir haben den Auftrag, Menschen mit Behinderungen den Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen. Das kann durch notwendige bauliche Veränderungen geschehen, aber auch durch finanzielle Zuwendungen, damit diese Teilhabe gelingt.

Hier hat der Landkreis Möglichkeiten diese Ziele planvoll umzusetzen. Diese Verpflichtung gilt es konsequent auszubauen.

Mit der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 rücken die Menschen mit Beeinträchtigungen stärker in den Fokus des gesellschaftlichen Lebens. Der Kreistag hatte Anfang 2013 beschlossen, einen Aktionsplan zur Umsetzung dieser Rechte unter Beteiligung aller Akteur*innen zu erstellen. In sechs Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten (Bauen und Wohnen, Arbeit und Beschäftigung, Bildung und lebenslanges Lernen, Freizeit und Kultur, Gesundheit und Prävention, Verkehrsplanung und Mobilität) wurden Ziele erarbeitet, die den Menschen helfen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Dieses ist nach Auffassung von uns GRÜNEN der richtige Weg, um den Menschen mit Beeinträchtigungen eine verbesserte Teilhabe in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Um diesen Weg erfolgreich umzusetzen, wollen wir Erkenntnisse aus dieser Arbeit konstruktiv begleiten und uns für die Verbesserung einsetzen, aber gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Konkret bedeutet das:

- Der Landkreis muss bedarfsgerecht die Beförderung der Menschen mit Behinderungen im Alltag gewährleisten.
- Eine wichtige Aufgabe des Landkreises Hildesheims ist eine neutrale und fachkundige Beratung der Menschen mit Behinderungen, um ein vom Gesetz gefordertes Wunsch- und Wahlrecht tatsächlich ausüben zu können.

Migration und Teilhabe

Klimawandel, (Bürger-)Kriege und Menschenrechtsverletzungen und deren Folgen sind wesentliche Ursachen für Flucht, Vertreibung und Migration.

Wir GRÜNEN wollen, dass der Landkreis Hildesheim zur Bewältigung der Migrationsbewegungen angemessen beiträgt und zusätzlich Möglichkeiten schafft, für geflüchtete Menschen – unabhängig vom Fluchtweg – eine Bleibe im Landkreis anzubieten. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung sowie für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadt Hildesheim hat mit der Resolution der Seenotrettung im September 2018, und dem damit verbundenen Bekenntnis ein „Sicherer Hafen“ für aus Seenot gerettete Geflüchtete zu sein, bereits ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Wir sehen in dieser politischen Willenserklärung nicht nur eine humanitäre Pflicht, sondern auch eine konkrete Chance für eine starke, zukunftsfähige Kommune und fordern, unsere Souveränität und Kapazitäten zu nutzen, um planbare humanitäre Aufnahmeprogramme (§23 Abs. 1 AufenthG) einzufordern und proaktiv zu gestalten.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der schon eingeschlagene Weg „Sicherer Hafen“, den der Landkreis Hildesheim bereits in den Gremien behandelt hat, umgesetzt wird.

Die Sprachentwicklung von Kindern stellt eine besondere Herausforderung dar. Hierbei ist das Erlernen der Muttersprache der wichtigste Aspekt. Kinder, die ihre Muttersprache altersgerecht fehlerfrei beherrschen, haben eine deutlich verbesserte Ausgangslage Deutsch als erste Fremdsprache fehlerfrei und akzentfrei zu erlernen. Bestehende Sprachkurse für Erwachsene wollen wir weiterführen.

Mit dem Selbstverständnis, dass der Landkreis Hildesheim ein Ankunftsort – nicht nur für Ausländer*innen – ist, lassen sich auch die Folgen des demografischen Wandels vermindern.

Antiziganismus, Zugewandertenfeindlichkeit und Rassismus stehen der Menschenwürde und dem pluralen demokratischen Selbstverständnis diametral gegenüber und müssen konsequent bekämpft werden.

Parallelgesellschaften stellen für die Gesamtgesellschaft ein erhebliches Problem dar. Wir GRÜNEN wollen diese Strukturen aufbrechen und durch verbesserte Kommunikation und Teilhabe obsolet machen. Das im Rahmen einer Förderung erstellte Teilhabe- und Integrationskonzept des Landkreis Hildesheim sollte darum schnellstmöglich mit Leben gefüllt werden. Kommunikationskonzepte und Visionen für die Zukunft, der im Landkreis Hildesheim angekommenen Menschen, sollten gemeinsam mit den Trägern der Migrationsberatungen erarbeitet werden.

Migrant*innen haben in Deutschland sehr häufig mehr formale Rechte als in den Herkunftsländern. Wir wollen, dass diese Rechte selbstverständlich wahrgenommen werden können. Hierzu unterstützen wir auch Strukturen, die die Selbstwirksamkeit von Frauen stärken.

Rassismus und Rechtsextremismus

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit findet sich nicht nur bei Rechtsradikalen, sondern ist tief in der Mitte der Gesellschaft verankert. Hier muss früh angesetzt werden.

People of Colour – ob in Deutschland geboren oder nicht – sollen sich in unserem Landkreis frei und sicher bewegen dürfen. Daher müssen wir darauf achten, dass schon in Kindertagesstätten und Schulen das Verständnis und die Toleranz gegenüber dem Ungewohnten gefördert werden und andere Sprachen oder anderes Aussehen nicht zum Ventil von Vorurteilen und Aggressionen werden.

Inklusion darf aber nicht nur in den Institutionen stattfinden, sondern muss von einer offenen Gesellschaft gelebt werden. Das heißt auch, dass nicht weggeschaut werden darf, wenn Menschen aufgrund von Nationalität, Religion, Geschlecht, sozialen Herkunft oder Alter beleidigt oder bedroht werden.

Besonders wichtig bei der Verhinderung eines breiten rechtsextremen Spektrums ist die Organisation einer demokratischen Jugendkultur.

Im Landkreis Hildesheim hat es in den letzten Jahren immer wieder Aktivitäten und Demonstrationen von organisierten Rechtsextremisten gegeben. Anlässlich dieser Demonstrationen hat sich in Hildesheim ein breites Bündnis aus Kirchen, Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und vielen Einzelpersonen dagegen positioniert.

Vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen hat die Agitation mit rechtsextremem und fremdenfeindlichem Hintergrund zugenommen. Dies geht bis in die Mitte unserer Gesellschaft. Verschiedene verfassungsfeindliche Gruppierungen versuchen hier anzuknüpfen.

Wir brauchen eine Ächtung rechtsradikaler Gesinnungen und Gewalttaten und fühlen uns aus unserer Geschichte heraus verpflichtet, uns für dieses Ziel zu engagieren. Wir GRÜNEN setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur ein, die über die Shoa und den Nationalsozialismus aufklärt und Lehren daraus für die Gegenwart und die Zukunft zieht. Um rechten Ideologen das Wasser abzugraben, müssen auch die Kommunalparlamente Verantwortung übernehmen. In Schulen, KiTas und Volkshochschulen muss Toleranz von klein auf gefördert und gelebt werden.

Die Förderung einer pluralen und offenen Gesellschaft muss integrativer Bestandteil der Bildungsangebote sein. Auch Initiativen vor Ort, die sich diesen Themen widmen, müssen unterstützt werden. Eine lebendige Erinnerungskultur und die Einbindung aller gesellschaftliche relevanten Gruppen müssen sich im Handeln vor Ort spiegeln.

Auch kommunale Vertretungen wie der Kreistag können den zivilen Widerstand und bürger*innenschaftliches Engagement fördern, sei es durch Mittelzuwendungen oder politische Beschlüsse.

Finanzen, Verwaltung & Sicherheit

Bürger*innenfreundliche Verwaltung

Zu einer bürger*innenfreundlichen Verwaltung gehört eine klare und verständliche Kommunikation. Damit werden Arbeitsabläufe vereinfacht. Die Bürger*innen bekommen auf ihr Anliegen zeitnah Antworten. Die Digitalisierung unterstützt die Verwaltungsvorgänge. Künstliche Intelligenz kann eine bürger*innenfreundliche Kommunikation nicht ersetzen und ist nicht sozialverträglich.

Über eine Bürger*innenbeteiligung wie bei Einwohner*innenfragestunden kann die Bevölkerung an politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen und an den Kreistagssitzungen teilnehmen.

Entscheidend für eine bürger*innenfreundliche Verwaltung im Umgang mit der Bevölkerung sind einfache Zugänge und eine verständliche Sprache in der Verwaltung.

Deshalb setzen wir uns für folgende Aspekte ein:

- Verwaltungsabläufe sind transparent und verantwortlich den Bürger*innen gegenüber zu gestalten.
- Qualifizierte und motivierte Verwaltungsmitarbeiter*innen zeigen Wertschätzung und reagieren zeitnah auf Anliegen aus der Bevölkerung.
- Elektronische Akten für Fachdienste in der Verwaltung, in Institutionen und Unternehmen im Kreis
- Keine langen Wartezeiten im Zugang zur Verwaltung und bei der Bearbeitung von Anliegen aus der Bevölkerung
- Zeitlich unbegrenzt und örtlich erreichbare Verwaltung über digitale Angebote
- Aufbau und Verbesserung einer Suchmaschine für politische Themen auf den Internetseiten des Landkreises
- Künstliche Intelligenz sozialverträglich integrieren, als Unterstützung einer bürger*innenfreundlichen Verwaltung und nicht als Ersatz persönlicher Kommunikation und Kontakte
- Die Unterlagen sollen in verschiedenen Sprachen, inklusive Leichter Sprache, für alle Bürger*innen zugänglich sein.

Personal

Die Personalpolitik des Landkreises steht vor erheblichen Herausforderungen. Zum einen werden in den kommenden Jahren sehr viele Mitarbeiter*innen altersbedingt aus dem Dienst beim Landkreis ausscheiden, zum anderen ist schon seit geraumer Zeit zu beobachten, dass umliegende Kommunen Personal vom Landkreis abwerben. Es gelingt immer weniger, dem entgegenzuwirken und qualifiziertes Personal auszubilden, zu halten bzw. neu einzustellen. Dabei ist die Situation in den Dezernaten recht unterschiedlich.

Zukünftig wird es deshalb darauf ankommen, den Landkreis zu einem attraktiveren Arbeitgeber zu machen. Dabei geht es nicht nur um höhere Besoldungen. Vielmehr muss

der Landkreis vermehrt, z.B. durch geeignete Arbeitszeit- und Home-Office-Modelle, auf die Interessen der Beschäftigten eingehen. Die Leistung der Mitarbeiter*innen muss angemessen wertgeschätzt werden. Ziel ist eine hohe Motivation der Beschäftigten.

Aber natürlich muss auch, gerade bei den unteren Tarifgruppen, auf einen auskömmlichen Verdienst Wert gelegt werden. Versuchen, weitere Dienste outzusourcen, müssen wir entgegentreten. Vielmehr soll der Landkreis vermehrt dafür Sorge tragen, bestimmte Aufgaben wieder selbst zu übernehmen.

Durch die Öffnung für Quereinsteiger*innen kann in einzelnen Fachbereichen die Zahl unbesetzter Stellen reduziert werden. Und nicht zuletzt wird es darauf ankommen, die Zahl der Ausbildungen beim Landkreis dem Bedarf entsprechend zu forcieren.

Rekommunalisierung und Privatisierung

Daseinsvorsorge ist eine zentrale Aufgabe des Landkreises und seiner Kommunen. Egal ob Abfallwirtschaft, sozialer Wohnungsbau, Krankenhäuser, Wirtschaftsförderung oder Volkshochschule: Der Landkreis und die Kommunen haben längst bewiesen, dass sie effizient und sorgfältig wirtschaften können.

Es ist selbstverständlich, dass der Landkreis seine Aufgaben laufend kritisch auf den Prüfstand stellen muss. Wir GRÜNEN lehnen aber Privatisierungsbestrebungen ab, die allein unter Kostengesichtspunkten vorangetrieben werden. Ein Blick in viele Kommunen zeigt, dass eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben häufig dazu führt, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden.

Wir fordern daher für jede Aufgabenverlagerung des Landkreises in privatrechtlich organisierte Unternehmen eine umfassende kurz-, mittel- und langfristige Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. In ihr müssen neben den finanziellen auch die ökologischen und sozialen Auswirkungen dargestellt werden.

Wenn Aufgaben in privatrechtlich organisierte Unternehmen ausgelagert werden, verliert die Kommune ihre politischen Handlungsmöglichkeiten. Demokratische Verfahren werden abgebaut und Transparenz geht verloren. Viele Entscheidungen werden nicht mehr vom demokratisch gewählten Kreistag, sondern von Aufsichtsratsgremien getroffen.

Wir GRÜNEN setzen uns bei Privatisierung von Aufgaben deshalb dafür ein, dass der Einfluss der Kommunen weiterhin erhalten bleibt. Wir wollen direkten Einfluss auf die Dienstleistung, ihren Preis, die Umweltstandards und die Qualität nehmen können. Wir wollen sicherstellen können, dass angemessene Löhne auf Tarifniveau bezahlt und reguläre Beschäftigte statt Leiharbeiter*innen eingesetzt werden.

Wir GRÜNEN stehen für eine Stärkung und Weiterentwicklung verlässlicher und qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter und Institutionen. Daher unterstützen wir den Landkreis dabei, seine Aufgaben wieder selbst zu erbringen.

Wir setzen uns dafür ein, dass in privatrechtlich organisierte Unternehmen ausgelagerte Aufgaben regelmäßig daraufhin untersucht werden, ob die erwarteten Ziele tatsächlich erreicht werden. Dabei soll stets auch die Rekommunalisierung der Aufgabe geprüft werden.

Sicherheit und Katastrophenschutz

Die Auswirkungen des Klimawandels sind im Landkreis Hildesheim spürbar. Dürren, Überschwemmungen und Starkregenereignisse werden unser Leben verstärkt begleiten und wir brauchen Aktionspläne, um ihnen entgegenzutreten. Daneben wird auch die Sicherung der Infrastruktur (Wasser, Strom, Verkehrswege) eine wichtige Rolle spielen. Auch Einwirkungen und Manipulationen durch Angriffe auf die IT dürfen nicht vergessen werden.

Damit wir im Schadensfall angemessen reagieren können, braucht es ein gutes Zusammenspiel aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, sowie eine funktionierende Einbindung und Stärkung des Ehrenamtes.

Hier sehen wir insbesondere den Erhalt und die Förderung der freiwilligen Ortsfeuerwehren als Aufgabe an, haben aber auch das Ehrenamt in den anderen Verbänden, wie z.B. ASB, DLRG, Rotes Kreuz, THW im Blick.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- alle freiwilligen Feuerwehren im Landkreis erhalten bleiben, aktiv von der Verwaltung unterstützt werden und ihre Ausrüstung stets auf dem neuesten Stand gehalten wird.
- das Ehrenamt bei Katastrophen in enger Absprache mit den Ortsfeuerwehren und dem Kreisfeuerwehrkommando eingebunden wird.
- sich der Landkreis nachdrücklich bei den Mitgliedsgemeinden für die Umsetzung der im Klimaschutzkonzept 2025 festgehaltenen Forderung nach flächendeckenden Hitzeaktionsplänen einsetzt,
- die Arbeit am Notfallplan für einen Blackout intensiviert wird, dieser zügig aufgestellt und der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich gemacht wird, damit bei allen das Sicherheitsgefühl gesteigert wird.
- alle Möglichkeiten der neuen Technologien, insbesondere KI-gestützte Systeme, für die Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes genutzt werden, aber auch technische Lösungen vorgehalten werden, die analog genutzt werden können.

Investitionen in die Zukunft statt Verschwenden durch "Sparen"

Der Landkreis Hildesheim befindet sich in einer finanziell schwierigen Situation, denn er muss derzeit pro Jahr knapp 100 Millionen Euro mehr ausgeben als er einnimmt.

Auf den ersten Blick ähnelt diese Situation der vor 25 Jahren, als ebenfalls die roten Zahlen erdrückend wirkten. Damals konnte sich der Landkreis aus der Schuldenspirale befreien, indem er während einer guten gesamtwirtschaftlichen Lage positive Jahresabschlüsse erreichte, die fast vollständig zur Tilgung eingesetzt wurden.

Tatsächlich hatte diese Sanierung der Finanzen damit aber einen hohen Preis. Statt eigene Verwaltungsgebäude zu bauen, musste und muss teuer gemietet werden, die Schulen wurden auf Verschleiß gefahren, so dass die Bauunterhaltung immer größere Ausmaße annahm, die Personaldecke ist so ausgedünnt, dass notwendige Aufgaben nur schwer erfüllt werden können und neues Personal nur schwer zu bekommen ist. Zusätzlich reißen vom

Land (kostenlose KiTa - Plätze) und vom Bund (Unterbringung von Geflüchteten) auf die Kommunen übertragene Aufgaben ohne vollständige Finanzierung neue Löcher in den Haushalt. Und zu allem Überfluss ist die Wirtschaft durch verschlafene Investitionen in Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende sowie Digitalisierung, in einer schweren Krise, so dass die Steuereinnahmen der Kommunen und Zuweisungen zurückgehen.

All dies ist kein alleiniges Problem des Landkreis Hildesheim, sondern es trifft nahezu alle Kommunen in der Bundesrepublik.

In der Summe hat die Schuldenbremse auf Landes- und Bundesebene zu einer Verlagerung der Schulden auf die Kommunen und den Landkreis geführt, weil diese keine Schuldenbremse mit Verfassungsrang haben.

Unsere Vorstellungen, um den notwendigen finanziellen Spielraum des Landkreises aufrechtzuerhalten:

- Auskömmliche Finanzierung aller vom Land und dem Bund übertragenen Aufgaben und ein Ausgleich für die vergangenen Jahre.
- Keine Minderungen der schon ohnehin sehr geringen sogenannte "freiwilligen Leistungen", denn nur ein attraktiver Landkreis kann an einem Aufschwung partizipieren und Prävention spart an anderer Stelle.
- Entlastung des Personals von wiederkehrenden Aufgaben durch eine leistungsfähige Digitalisierung.
- Regelmäßige Überprüfung der organisatorischen Abläufe innerhalb der Kreisverwaltung.
- Rasche Sanierung des Gebäudebestandes, Erreichung der Netto-Null- CO₂-Ziele durch Einsatz von PV-Anlagen und Stromspeichern auf den kreiseigenen Gebäuden, um Energiekosten drastisch zu reduzieren.
- Investitionen in attraktive Schulen und ÖPNV, dadurch Stärkung des ländlichen Raumes durch neue Arbeitskräfte.

Wir GRÜNE werden keinen sogenannten "radikalen Sparkurs" mittragen, der die Kosten der heutigen Krise den kommenden Generationen aufbürdet. Mit uns wird es keine Zerstörung der sozialen und zivilgesellschaftlichen Strukturen geben, deren Verlust nie wieder kompensiert werden könnte.

Stattdessen wollen wir effektiv und sinnvoll investieren, Personal durch gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung halten und anwerben und so einer stabilen und lebenswerten Zukunft in unserem Landkreis entgegen gehen.



Kontakt:

**Bündnis90 / Die Grünen
Kreisverband Hildesheim
Jakobstraße 15 | 31134 Hildesheim
Tel. 05121 | 36752**

**E-Mail: buero-hi@gruene-hildesheim.de
www.gruene-hildesheim.de
<https://www.deine-zukunft-vor-ort.de/>**